

Antrag für die GÖD Smart-/Premiumcard (Visa)



Hiermit beantrage ich die Eröffnung des/der Produkte/s GÖD-Smart-/Premiumcard (Visa) und den Zugang zum Internetbanking George mit George-ID.

1. GÖD-Karte wählen

<input type="checkbox"/>	GÖD-Smartcard (Visa), Hauptkarte	Monatsgebühr: € 0,93	Limit € 2000,00
<input type="checkbox"/>	GÖD-Premiumcard (Visa), Hauptkarte	Monatsgebühr: € 4,24	Limit € 3000,00
<input type="checkbox"/>	GÖD-Premiumcard (Visa), Zusatzkarte zur Hauptkarte*	Monatsgebühr: € 2,12	Limit € 3000,00
<input type="checkbox"/>	GÖD-Premiumcard (Visa), Zusatzkarte mit eigenem Verrechnungskonto	Monatsgebühr: € 2,12	Limit € 3000,00

*Das Kartenlimit von Zusatzkarten wird mit dem Limit der Hauptkarte geteilt.
Die Rechnung wird vom Konto der Hauptkarteninhaber:in monatlich eingezogen.

Spesen:

Kartensperre	€ 0,00
Karten-Nachbestellung	€ 0,00
Bargeldabhebung	3 %, mindestens € 3,63
Bargeldbehebungen in Fremdwährung	3 %, mindestens € 3,63, zzgl. +1,5 %
Transaktionen in Fremdwährung	1,5 % vom Rechnungsbetrag

Split Now: GÖD Smartcard – 3x pro Jahr gebührenfrei, danach:

ab 50 Euro:	€ 1,00
ab 300 Euro:	€ 1,50
ab 600 Euro:	€ 3,00
ab 1.200 Euro:	€ 6,00
ab 2.400 bis 4.800 Euro:	€ 12,00

Split Now: GÖD Premiumcard – 6x pro Jahr gebührenfrei, danach:

ab 50 Euro:	€ 1,00
ab 300 Euro:	€ 1,50
ab 600 Euro:	€ 3,00
ab 1.200 Euro:	€ 6,00
ab 2.400 bis 4.800 Euro:	€ 12,00

2. Persönliche Daten und Bankverbindung eintragen

Bei der Bestellung einer Zusatzkarte zu einer bestehenden Hauptkarte bitte hier nur Name, Anschrift und Geburtsdatum der Hauptkarteninhaber:in ausfüllen.

Zur Hauptkarte

Herr Frau

GÖD-Mitgliedsnummer

Wohnadresse (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

E-Mail-Adresse Telefonnummer

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit Familienstand

Wohnart (Miete, Genossenschaft, Eigentum)

Beschäftigt bei seit Monatliches Nettoeinkommen

Gehaltsbestätigung und Kopie des Lichtbildausweises bitte beilegen.

- | | | | |
|--|---|---|-------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Arbeiter:in | <input type="checkbox"/> Ohne Beschäftigung | <input type="checkbox"/> IT/Telekommunikation | <input type="checkbox"/> Transport |
| <input type="checkbox"/> Angestellte/r | <input type="checkbox"/> In Pension | <input type="checkbox"/> Medien | <input type="checkbox"/> Baugewerbe |
| <input type="checkbox"/> Selbstständig tätig | <input type="checkbox"/> Versicherung | <input type="checkbox"/> Öffentlicher Dienst | <input type="checkbox"/> Sonstiges |
| <input type="checkbox"/> In Ausbildung | <input type="checkbox"/> Finanzdienstleistung | <input type="checkbox"/> Produktion/Industrie | |
| <input type="checkbox"/> Studium | <input type="checkbox"/> Handel | <input type="checkbox"/> Tourismus | |

Zur Zusatzkarte

Herr Frau

Wohnadresse (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

E-Mail-Adresse Telefonnummer

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit Beruf

Kopie des Lichtbildausweises bitte beilegen.

5. Entbindung der Erste Bank vom Bankgeheimnis

Die Erste Bank wird der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD, Teinfaltstraße 7, A-1010 Wien) Name, Adresse, Geburtsdatum und Mitgliedsnummer zum Zweck der Überprüfung meiner aktuellen Mitgliedschaft bei der GÖD übermitteln.

Wenn meine Mitgliedschaft bei der GÖD endet, wird die Erste Bank von der GÖD darüber informiert. Mein Anspruch auf eine GÖD-Smart-/Premiumcard (Visa) und alle Zusatzkarten endet dann ebenfalls und die Karte/n werden geschlossen.

6. Einwilligung in die Verarbeitung sensibler Daten

Ich bin ausdrücklich damit einverstanden, dass die Angaben zu meiner Gewerkschaftszugehörigkeit (Mitgliedsnummer, Mitgliedsstatus) verarbeitet werden, damit die GÖD-Smart-/Premiumcard (Visa) eröffnet und bereitgestellt werden kann. Ich habe das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Da die Verarbeitung für das Vertragsverhältnis erforderlich ist, hat ein Widerruf jedoch zur Folge, dass die GÖD-Smart-/Premiumcard (Visa) und alle Zusatzkarten nicht mehr weiter genutzt werden können.

Ich willige ein Ich willige nicht ein

.....
Datum, Ort

.....
Unterschrift

7. Weitere wichtige Informationen

Zustimmung gemäß § 174 Telekommunikationsgesetz 2021: Ich bin einverstanden, von Ihnen telefonisch oder über sonstige Telekommunikationsmedien, wie z. B. E-Mail, zu Veranstaltungen, Produkten und Dienstleistungen kontaktiert zu werden. Diese Zustimmung kann ich jederzeit widerrufen.

Ich stimme zu Ich stimme nicht ein

Wir weisen darauf hin, dass die Kreditkarte in die „Kleinkreditevidenz“ (KKE) eingetragen wird und bei Fälligestellung der Kreditkarte, bei Rechtsverfolgungsschritten bzw. bei missbräuchlicher Verwendung von Zahlungsverkehrsinstrumenten nachstehende Daten an die Kleinkreditevidenz und die Warnliste, wie sie beim Kreditschutzverband von 1870 derzeit eingerichtet sind, übermittelt werden: Name, Anschrift, Geburtsdatum, Höhe der Verbindlichkeit, Rückführungsmodalitäten, Schritte des Kreditinstituts im Zusammenhang mit der Fälligestellung und der Rechtsverfolgung sowie dem Missbrauch von Zahlungsverkehrsinstrumenten. Zweck der Übermittlung ist die Verwahrung, Zusammenführung und Weitergabe der vorstehend angeführten Daten durch die Empfänger:in an Kreditinstitute, Finanzinstitute und Leasinggesellschaften zur Wahrung ihrer Gläubigerschutzinteressen. In der Verdachtsdatenbank (VDB) für Bank- und Finanzinstitute werden Verdachtsfälle von Betrug und Betrugsversuch nach §§ 146 ff StGB sowie ähnliche Straftaten erfasst und verarbeitet, die während der Geschäftsbeziehung oder bei ihrer Anbahnung festgestellt werden. Geführt wird diese Datenbank von der CRIF GmbH als Auftragsverarbeiter. Wenn Bank- und Finanzinstitute diese Datenbanklösung nutzen, können sie auch Daten empfangen, mit denen sie zu Beginn einer Geschäftsbeziehung mit Kund:innen überprüfen können, ob in der Vergangenheit Betrugsversuche unternommen wurden.

GÖD-Mitgliedschaft: Vorliegender Antrag wird ausnahmslos abgelehnt, wenn keine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vorliegt.

Weiters gelten die Geschäftsbedingungen für den Gebrauch einer Kreditkarte und besondere Geschäftsbedingungen für die digitale Kreditkarte (Fassung September 2023) sowie die Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George“.

Ihre Kartenzahlungen sind besonders sicher! In Sekundenschnelle wird anlässlich einer Transaktion automatisiert geprüft, ob der verfügbare Betrag ausreicht, die Kartendaten richtig eingegeben wurden und auf mögliche Betrugsanhaltspunkte. Wenn etwas Auffälliges vorliegt, wird die Zahlung sofort gestoppt. Dies geschieht ebenso automatisiert. Für weitere Fragen zu einer abgelehnten Zahlung können Sie sich jederzeit an uns unter 05 0100 - 50333 wenden.

Bei Erneuerung meiner Kreditkarte wird das neue Ablaufdatum automatisch an die Händler, bei denen ich meine Kartendaten gespeichert habe, übermittelt. Hiervon ausgenommen ist der Austausch der Karte aufgrund von Diebstahl, Verlust oder technischen Defekt. Die Weiterleitung dient zur Vermeidung von Ablehnungen von Zahlungsaufträgen aufgrund der Erneuerung des Ablaufdatums.

Den Verlust, Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung Ihrer Kreditkarte melden Sie uns bitte unverzüglich, sobald Sie davon Kenntnis haben, über unsere Sperrhotline +43 (0)5 0100 - 50333 oder im Internetbanking George.

Ich ersuche Sie,

- mir (uns) die beauftragte Kreditkarte an die von mir (uns) Ihnen zuletzt bekannt gegebene Adresse zuzusenden, sofern es sich um eine physische Kreditkarte handelt.
- den beauftragten persönlichen Code an die von mir (uns) Ihnen zuletzt bekannt gegebene Adresse zuzusenden.
- vor Ablauf des jeweiligen Gültigkeitszeitraumes eine neue Karte auszustellen und zu übermitteln.

<div style="background-color: #e0e0e0; height: 15px; width: 100%;"></div> <p>..... Datum, Ort</p>	<p>..... Unterschrift Hauptkarteninhaber:in</p>	<p>..... Unterschrift Zusatzkarteninhaber:in</p>	<p>..... Unterschrift Kontoinhaber:in</p>
---	---	--	---

Nachfolgender Bereich muss von Erste Bank oder Sparkasse ausgefüllt werden – bitte suchen Sie eine Filiale in Ihrer Nähe auf.

LEGITIMATION	INSTITUTSVERMERK
Kopie eines amtlichen Lichtbildausweises liegt bei <input type="checkbox"/>	Sparkasse & OE :
Legitimation geprüft (Paraphe): <input type="checkbox"/>	Name/BKZ:
Devisenland:	
Auszugskopie mit dem letzten Gehaltseingang liegt bei <input type="checkbox"/>	Unterschrift:

Hinweis für Kundenbetreuer:in

Sollte das Einzugskonto in Ihrer Sparkasse sein, leiten Sie den Antrag an Ihre zentrale Kartenverantwortliche weiter.
Wenn das Einzugskonto nicht in Ihrer Sparkasse ist, leiten Sie den Antrag an Erste Bank OE 0198 1937/ Card Service weiter.

Merkblatt „politisch exponierte Person“

gemäß § 2 Z 6-8 iVm § 11 Abs. 3 Finanzmarkt-Geldwäschegesetz

Politisch exponierte Person: eine natürliche Person, die wichtige öffentliche Ämter ausübt oder (innerhalb der letzten zwölf Monate) ausgeübt hat; hierzu zählen insbesondere:

- a) Staatschefs, Regierungschefs, Minister, stellvertretende Minister und Staatssekretäre; im Inland betrifft dies insbesondere den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen;
- b) Parlamentsabgeordnete oder Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane; im Inland betrifft dies insbesondere die Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates;
- c) Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien; im Inland betrifft dies insbesondere Mitglieder der Führungsgremien von im Nationalrat vertretenen politischen Parteien;
- d) Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfen oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen, von außergewöhnlichen Umständen abgesehen, kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann; im Inland betrifft dies insbesondere Richter des Obersten Gerichtshofs, des Verfassungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs;
- e) Mitglieder von Rechnungshöfen oder der Leitungsorgane von Zentralbanken; im Inland betrifft dies insbesondere den Präsidenten des Bundesrechnungshofes sowie die Direktoren der Landesrechnungshöfe und Mitglieder des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank;
- f) Botschafter, Geschäftsträger und hochrangige Offiziere der Streitkräfte; im Inland sind hochrangige Offiziere der Streitkräfte insbesondere Militärpersonen ab dem Dienstgrad Generalleutnant;
- g) Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen; im Inland betrifft dies insbesondere Unternehmen bei denen der Bund mit mindestens 50% v.H. des Stamm-, Grund-, oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die der Bund alleine betreibt oder die der Bund durch finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen tatsächlich beherrscht; bei Unternehmen an denen ein Land mit mindestens 50 v.H. des Stamm-, Grund-, oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die ein Land alleine betreibt oder die ein Land durch finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen tatsächlich beherrscht - sofern der jährliche Gesamtumsatz eines solchen Unternehmens 1.000.000 Euro übersteigt - der Vorstand bzw. die Geschäftsführung. Der jährliche Gesamtumsatz bestimmt sich nach den jährlichen Umsatzerlösen aus dem letzten festgestellten Jahresabschluss.
- h) Direktoren, stellvertretende Direktoren und Mitglieder des Leitungsorgans oder eine vergleichbare Funktion bei einer internationalen Organisation.

Keine der unter lit. a bis h genannten öffentlichen Funktionen umfasst Funktionsträger mittleren oder niedrigeren Ranges.

Familienmitglieder: insbesondere

- a) den Ehegatten einer politisch exponierten Person, eine dem Ehegatten einer politisch exponierten Person gleichgestellte Person oder den Lebensgefährten im Sinne von § 72 Abs. 2 StGB,
- b) die Kinder (einschließlich Wahl- und Pflegekinder) einer politisch exponierten Person und deren Ehegatten, den Ehegatten gleichgestellte Personen oder Lebensgefährten im Sinne von § 72 Abs. 2 StGB,
- c) die Eltern einer politisch exponierten Person.

Bekanntermaßen nahestehende Personen:

- a) natürliche Personen, die bekanntermaßen gemeinsam mit einer politisch exponierten Person wirtschaftliche Eigentümer von juristischen Personen oder Rechtsvereinbarungen sind oder sonstige enge Geschäftsbeziehungen zu einer politisch exponierten Person unterhalten;
- b) natürliche Personen, die alleiniger wirtschaftlicher Eigentümer einer juristischen Person oder einer Rechtsvereinbarung sind, welche bekanntermaßen de facto zugunsten einer politisch exponierten Person errichtet wurde.

Die vorgenannte Definition der politisch exponierten Person, ihrer unmittelbaren Familienmitglieder und ihrer bekanntermaßen nahestehenden Personen gemäß § 2 Z 6-8 iVm § 11 Abs. 3 Finanzmarkt-Geldwäschegesetz habe ich zur Kenntnis genommen und erkläre demnach:

- Ich bin oder war innerhalb der letzten zwölf Monate keine politisch exponierte Person, kein unmittelbares Familienmitglied einer solchen Person oder keine ihr nahestehende Person.
- Ich bin oder war innerhalb der letzten zwölf Monate eine politisch exponierte Person bzw. ein unmittelbares Familienmitglied einer solchen Person oder eine ihr nahestehende Person, meine Funktion/Rolle ist/war:

Sollte sich an meiner Eigenschaft etwas ändern, werde ich die Bank unverzüglich davon in Kenntnis setzen.

Unterschrift des Kontoinhabers od. Kunden

Unterschrift/Zustimmung des Leiters der OE

Kundenkurzbezeichnung

Datum, Ort

Geschäftsbedingungen für den Gebrauch einer Kreditkarte und besondere Geschäftsbedingungen für die digitale Kreditkarte

Fassung September 2023

Um die Lesbarkeit dieser Geschäftsbedingungen zu erleichtern, wurde auf das Gendern verzichtet. Alle personenbezogenen Formulierungen sind geschlechtsneutral zu verstehen. Die vorliegenden Geschäftsbedingungen regeln die Rechtsbeziehung zwischen dem Inhaber eines Kontos (im Folgenden „Kontoinhaber“), zu welchem eine oder mehrere Kreditkarten (im Folgenden „Karte“ oder „**physische Karte**“) der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG (im Folgenden „**Erste Bank**“) ausgegeben sind, sowie dem jeweiligen berechtigten Inhaber dieser Kreditkarte (im Folgenden „**Karteninhaber**“) einerseits und der Erste Bank als Kreditkarten ausgebendes Kreditinstitut andererseits.

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Karten-Service

Das Karten-Service ist ein weltweit verbreitetes bargeldloses Zahlungssystem und Bargeldbezugssystem, welches mit speziell ausgegebenen Zugangsinstrumenten Bargeldbehebungen, bargeldlose Zahlungen an gekennzeichneten Akzeptanzstellen und Internetzahlungen bei angeschlossenen Vertragsunternehmen ermöglicht.

1.2. Kontoinhaber

Ein Kontoinhaber, der die Ausstellung einer Kreditkarte wünscht, hat einen an das Kreditinstitut (im Folgenden „**Erste Bank oder Sparkasse**“) gerichteten Kartenantrag zu stellen. Soweit im Folgenden der Begriff „**Kontoinhaber**“ verwendet wird, bezeichnet dieser Begriff bei Gemeinschaftskonten alle Kontoinhaber.

1.3. Karteninhaber

Der Kontoinhaber kann die Ausstellung einer Kreditkarte für sich selbst (im Folgenden auch „**Hauptkarteninhaber**“) und für dritte Personen (im Folgenden auch „**Zusatzkarteninhaber**“) beantragen.

1.4. Kontaktlos-Funktion

Karten mit dem „Kontaktlos“-Symbol ermöglichen dem Karteninhaber weltweit kontaktlose bargeldlose Zahlungen und Bargeldbehebungen an gekennzeichneten Akzeptanzstellen.

1.5. Karte ohne physische Kartenausstellung

Der Kontoinhaber kann bei Bestellung der Kreditkarte anstelle der Ausstellung einer physischen Karte die Übermittlung der Kartendaten (Kartenummer, Ablaufdatum, Kartenprüfziffer) in sein Internetbanking George beantragen. Diese kann der Karteninhaber für

Zahlungen im Internet verwenden und gemäß Punkt 1.6. digitalisieren.

1.6. Digitale Kreditkarte

Ein Karteninhaber kann nach Erhalt seiner Kartendaten in der Internetbanking Applikation George (im Folgenden „**George App**“) die Ausstellung einer digitalen Kreditkarte (im Folgenden auch „**digitale Karte**“) beantragen. Die digitale Karte ist ein Zahlungsinstrument, welches das digitale Abbild der Kreditkarte auf einem mobilen Endgerät darstellt. Die Ausstellung einer digitalen Karte kann in Wallets) als digitale Kreditkarte erfolgen. Eine Wallet ist ein Programm, welches es dem Karteninhaber ermöglicht, über ein mobiles Endgerät Zahlungen ohne Verwendung der physischen Karte durchzuführen. Mobile Endgeräte können dabei alle bestehenden oder zukünftig entwickelten technischen Produkte (bspw. Smartphone, Smartwatch, Tablet etc.) des Kreditinstituts oder von Drittanbietern sein, welche die Verwendung einer Wallet ermöglichen. Die digitale Karte ist auf einem mobilen Endgerät über eine Wallet direkt mit der Kreditkarte verknüpft und kann über den Prozess der Digitalisierung auf dem jeweiligen mobilen Endgerät für Zahlungen verwendet werden.

1.7. Drittanbieter

Als Drittanbieter gelten alle Parteien, die nicht der Karteninhaber oder das Kreditinstitut selbst sind. Drittanbieter können z. B. sein: Gerätehersteller, Mobilfunkanbieter, Programmhersteller. Im Zuge einer Digitalisierung der Kreditkarte über eine Wallet eines Drittanbieters kann der Abschluss gesonderter Nutzungsbedingungen zwischen dem Karteninhaber und dem Drittanbieter erforderlich sein. Auf dieses Erfordernis hat das Kreditinstitut keinen Einfluss.

1.8. Persönlicher Code

Der persönliche Code, auch „PIN“ (persönliche Identifizierungsnummer, Personal Identification Number) genannt, ist eine 4-stellige Ziffernkombination, die der Karteninhaber je Karte erhält und die auch für die digitale Karte verwendet wird. Die Eingabe des persönlichen Codes an POS-Kassen oder Geldausgabeautomaten ermöglicht Bargeldbehebungen und/oder bargeldlose Zahlungen an gekennzeichneten Akzeptanzstellen sowie die Benützung der Selbstbedienungseinrichtungen von Erste Bank und Sparkassen.

2. Abschluss des Vertrages

- 2.1 Soweit nicht explizit zwischen der physischen, der digitalen und der Karte ohne physische Kartenausstellung unterschieden wird, gelten sämtliche Vertragsbestimmungen für alle Karten gleichermaßen. Der Kartenvertrag kommt durch Annahme des Kartenantrags durch die Erste Bank zustande.
- 2.2 Der Zusatzkarteninhaber hat den Kartenvertrag gemeinsam mit dem Kontoinhaber zu unterzeichnen.
- 2.3 Der persönliche Code wird dem Karteninhaber getrennt von der Karte übermittelt.
- 2.4 Die Karte enthält jedenfalls den Vor- und Zunamen des Karteninhabers, die Kartennummer und den Gültigkeitszeitraum.

3. Eigentum an der Karte

Der Karteninhaber erhält von der Erste Bank als Benützungsinstrumente für das Karten-Service die Karte und einen persönlichen Code. Die Karte bleibt Eigentum der Erste Bank.

4. Vertragsdauer und Beendigung

4.1. Gültigkeitsdauer der Karte

Der Karteninhaber erhält nach Abschluss des Kartenvertrags eine Karte, die bis zum Ende des Jahres oder des Monats gültig ist, das auf ihr vermerkt ist. Karteninhaber einer nicht physischen Karte erhalten das Ablaufdatum in ihr Internetbanking George.

4.2. Erneuerung der Karte

Jede Karte hat ein Ablaufdatum (Monat/Jahr). Bei Erneuerung einer physischen Karte wird diese an die zuletzt vom Karteninhaber bekannt gegebene Anschrift des Karteninhabers zugestellt. Karteninhaber einer nicht physischen Karte erhalten die neuen Kartendaten in ihr Internetbanking George.

4.3. Kündigung

4.3.1. Kündigung durch den Kunden

Sowohl der Kontoinhaber als auch der Karteninhaber können den Kartenvertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung schriftlich kündigen. Laufende periodische Entgelte für die Verwendung der Karte werden bis zum Ende des Tages, an welchem die Kündigung wirksam wird, verrechnet. Die Kündigung wird mit Einlangen

der schriftlichen Kündigung bei der Erste Bank oder der Sparkasse wirksam.

4.3.2. Kündigung durch die Erste Bank

Die Erste Bank kann den Kartenvertrag jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Monaten schriftlich kündigen.

Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist die Erste Bank berechtigt, den Kartenvertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Ein wichtiger Grund, der das Kreditinstitut zur Kündigung berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn

- eine Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten eintritt und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditinstitut gefährdet ist,
- der Kunde in wesentlichen Belangen unrichtige Angaben über maßgebliche Teile seiner Vermögensverhältnisse (Vermögen und Verbindlichkeiten) oder sonstige wesentliche Umstände gemacht hat und das Kreditinstitut bei Kenntnis der wahren Vermögensverhältnisse bzw. Umstände den Vertrag nicht abgeschlossen hätte, oder
- der Kunde die Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht erfüllt hat oder nicht erfüllen kann und dadurch ein beträchtlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Zahler seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Ein solches beträchtlich erhöhtes Risiko liegt insbesondere bei unmittelbar drohender oder bereits eingetretener Zahlungsunfähigkeit vor.

4.3.3. Laufende periodische Entgelte für die Verwendung der Karte werden bis zum Ende des Tages, an welchem die Kündigung wirksam wird, verrechnet. Bestehende Verpflichtungen des Konto- oder Karteninhabers werden durch die Kündigung oder vorzeitige Auflösung nicht berührt und sind zu erfüllen.

4.3.4. Bei Kreditkartenverträgen mit Unternehmern kommt die anteilige Rückerstattung im Voraus gezahlter Entgelte nicht zur Anwendung.

5. POS-Kassen und Geldausgabeautomaten

5.1 Der Karteninhaber ist berechtigt, innerhalb des vereinbarten Einkaufsrahmens an Kassen, die mit dem auf der Karte angeführten Symbol gekennzeichnet sind (im Folgenden „POS-Kassen“), mit der Karte und der Eingabe des persönlichen Codes Lieferungen und Leistungen von Handels- und Dienstleistungsunternehmen (im Folgenden „Vertragsunternehmen“) im In- und Ausland bis zu dem vereinbarten Limit bargeldlos zu bezahlen. Dies erfolgt im Falle der physischen Kreditkarte entweder durch Stecken oder durch Hinhalten der Karte, im Falle der digitalen Karte durch Hinhalten des jeweiligen mobilen Endgeräts. Zusätzlich kann die Eingabe des jeweiligen persönlichen Codes notwendig sein. Im Ausland kann anstelle der Eingabe des persönlichen Codes die Unterschriftsleistung erforderlich sein. Geldausgabeautomaten können die Funktion von POS-Kassen haben sowie POS-Kassen die Funktion von Geldausgabeautomaten. Der Karteninhaber weist

durch Eingabe des persönlichen Codes und Betätigung der Taste „OK“ bzw. durch seine Unterschriftsleistung das Kreditinstitut unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag im Rahmen des dafür mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Das Kreditinstitut nimmt diese Anweisung bereits jetzt an.

5.2. Kleinbetragszahlungen ohne Eingabe des persönlichen Codes

An POS-Kassen, die mit dem auf der Karte angeführten „Kontaktlos“-Symbol gekennzeichnet sind, ist der Karteninhaber auch berechtigt, mit der Karte ohne Einstecken der Karte, ohne Unterschriftsleistung und ohne Eingabe des persönlichen Codes durch bloßes Hinhalten der Karte zur POS-Kasse Lieferungen und Leistungen von Vertragsunternehmen im In- und Ausland bis zum Betrag von 50 Euro pro Einzeltransaktion kontaktlos und bargeldlos zu bezahlen. Der Karteninhaber weist bei Kleinbetragszahlungen bis zum Betrag von 50 Euro pro Einzeltransaktion durch bloßes Hinhalten der Karte zur POS-Kasse das Kreditinstitut unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag im Rahmen des dafür mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Das Kreditinstitut nimmt diese Anweisung bereits jetzt an. Aus Sicherheitsgründen ist die Summe der Beträge, die mit direkt aufeinander folgenden Kleinbetragszahlungen ohne Eingabe des persönlichen Codes bezahlt werden können, auf insgesamt 150 Euro beschränkt. Nach Erreichen dieser Beschränkung muss der Karteninhaber eine Zahlung oder Bargeldbehebung mit persönlichem Code durchführen, um weitere Kleinbetragszahlungen freizuschalten.

5.3. Zahlung von Verkehrsnutzungsentgelten und Parkgebühren ohne Eingabe des persönlichen Codes

Der Karteninhaber ist berechtigt, mit der Karte ohne Einstecken der Karte, ohne Unterschriftsleistung und ohne Eingabe des persönlichen Codes durch bloßes Hinhalten der Karte zu unbeaufsichtigten POS-Terminals Verkehrsnutzungsentgelte oder Parkgebühren im In- und Ausland kontaktlos und bargeldlos zu bezahlen. Der Karteninhaber weist bei der Zahlung von Verkehrsnutzungsentgelten oder Parkgebühren an unbeaufsichtigten POS-Terminals durch bloßes Hinhalten der Karte zum POS-Terminal des Vertragsunternehmens das Kreditinstitut unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Nach dem Hinhalten der Karte zum unbeaufsichtigten POS-Terminal kann der Zahlungsauftrag nicht mehr widerrufen werden. Das Kreditinstitut nimmt diese Anweisung bereits jetzt an.

5.4. Bargeldbehebung

Der Karteninhaber kann an Geldausgabeautomaten im In- und Ausland mit der Kreditkarte und dem persönlichen Code Bargeld beziehen, sofern dies vom jeweiligen Kreditkartensystem unterstützt wird.

6. Kartenzahlungen im Internet

6.1. Der Karteninhaber ist berechtigt, mit den Kartendaten im Rahmen des mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits bei den angeschlossenen Vertragsunternehmen ohne Vorlage der physischen Karte und ohne Barzahlung deren Leistungen im Rahmen des Fernabsatzes über das Internet (E-Commerce) zu beziehen, falls dies das jeweilige Vertragsunternehmen ermöglicht. Dies gilt auch für den Abschluss von Rechtsgeschäften unter Zuhilfenahme eines mobilen Endgeräts (M-Commerce) Der Karteninhaber weist dabei durch Bekanntgabe der Kartendaten im Internet die Erste Bank unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag im Rahmen des dafür mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Die Erste Bank nimmt diese Anweisung bereits jetzt an.

6.2. Zum Abschluss von Rechtsgeschäften im Internet zählt auch die bargeldlose Bezahlung von Lieferungen und Leistungen von Vertragsunternehmen, die diese im Rahmen des Mastercard® Identity Check™ Verfahrens bzw. Visa Secure Verfahrens anbieten. Die s-Kreditkarte ist automatisch für das Mastercard® Identity Check™ Verfahren bzw. Visa Secure Verfahren registriert. Das Kreditinstitut setzt den Karteninhaber darüber in Kenntnis, dass die vom Karteninhaber für die Autorisierung gewählte Freigabemethode herangezogen wird, um die Bezahlung von Lieferungen und Leistungen von diesen Vertragsunternehmen im Fernabsatz über das Internet zu autorisieren. Für die Autorisierung von Zahlungen öffnet sich nach Eingabe der Kartendaten ein eigenes Dialogfenster (z. B. Popup-Window oder Frame). Wenn die Konfiguration des Computersystems solche Dialogfenster nicht zulässt, kann der Karteninhaber das Mastercard® Identity Check™ Verfahren bzw. Visa Secure Verfahren nicht nutzen. Der Karteninhaber kann über die von ihm für die Autorisierung gewählte Freigabemethode vom Kreditinstitut als der rechtmäßige Karteninhaber authentifiziert werden. Der Karteninhaber weist das Kreditinstitut damit unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag im Rahmen des dafür mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Das Kreditinstitut nimmt diese Anweisung bereits jetzt an.

7. Schriftliche und telefonische Bestellungen

Mit den Kartendaten kann der Karteninhaber bei den angeschlossenen Vertragsunternehmen ohne Vorlage der physischen Karte und ohne Barzahlung deren Leistungen im Rahmen des Fernabsatzes über schriftliche oder telefonische Bestellungen beziehen, falls dies das jeweilige Vertragsunternehmen ermöglicht.

8. Wiederkehrende Zahlungen mit demselben Zahlungsempfänger im Fernabsatz über das Internet oder unter Zuhilfenahme eines mobilen Endgerätes (E-Commerce, M-Commerce)

Der Karteninhaber ist berechtigt, mit den Kartendaten wiederkehrende Lieferungen und Leistungen von Vertragsunternehmen im In- und Ausland im Rahmen des Fernabsatzes über das oder unter Zuhilfenahme eines mobilen Endgeräts bis zu dem vereinbarten Limit bargeldlos zu bezahlen, falls dies das jeweilige Vertragsunternehmen ermöglicht.

Der Karteninhaber weist bei wiederkehrenden Zahlungsvorgängen mit demselben Zahlungsempfänger durch Bekanntgabe der Kartendaten beim ersten Zahlungsvorgang das

Kreditinstitut unwiderruflich an, den Rechnungsbetrag für den ersten und die nachfolgenden Zahlungsvorgänge im Rahmen des dafür mit dem Kontoinhaber vereinbarten Limits an das jeweilige Vertragsunternehmen zu zahlen. Das Kreditinstitut nimmt diese Anweisung bereits jetzt an.

Glücksspieltransaktionen – Gewinnauszahlung: Bei der Vereinbarung von wiederkehrenden Zahlungen mit Glücksspielunternehmen hat der Karteninhaber die Möglichkeit, sich allfällige Spielgewinne (z. B. aus Lotterien) auf seine Karte gutschreiben zu lassen.

Der Karteninhaber ist berechtigt, dem Vertragsunternehmen seine Kartendaten zur Verfügung zu stellen, um dem Glücksspielunternehmen Gutschriften auf seine Karte zu ermöglichen.

Achtung: Eine Authentifizierung des Karteninhabers bei wiederkehrenden Zahlungen mit demselben Zahlungsempfänger im Fernabsatz über das Internet oder unter Zuhilfenahme eines mobilen Endgeräts erfolgt nur beim ersten Zahlungsvorgang, nicht jedoch bei den folgenden Zahlungsvorgängen.

9. Zahlungsvorgänge, bei denen der Betrag nicht im Voraus bekannt ist

Im Fall der Abgabe einer Anweisungserklärung, bei der der genaue Betrag zum Zeitpunkt, zu dem der Karteninhaber seine Zustimmung zur Ausführung des Zahlungsvorgangs erteilt, nicht bekannt ist, wird der Geldbetrag blockiert, dem der Karteninhaber zugestimmt hat. Das Kreditinstitut gibt den blockierten Geldbetrag unverzüglich nach Eingang der Information über den genauen Betrag des Zahlungsvorgangs frei, spätestens jedoch nach Eingang des Zahlungsauftrags.

Der Karteninhaber haftet für die Bezahlung des vom Vertragsunternehmen beim Kreditinstitut eingereichten Betrags. Der Karteninhaber hat dann einen Anspruch auf Erstattung, wenn der eingereichte Betrag den Betrag übersteigt, den der Karteninhaber entsprechend seinem bisherigen Ausgabeverhalten, den Bedingungen des Kartenvertrags und den jeweiligen Umständen des Einzelfalls vernünftigerweise hätte erwarten können. Auf Verlangen des Kreditinstituts hat der Karteninhaber diese Sachumstände darzulegen. Der Anspruch auf Erstattung ist vom Karteninhaber gegenüber dem Kreditinstitut innerhalb von acht Wochen ab

dem Zeitpunkt der Belastung seines Kontos mit dem betreffenden Geldbetrag bei sonstigem Ausschluss des Anspruchs auf Erstattung geltend zu machen. Der Karteninhaber hat keinen Anspruch auf Erstattung, wenn, wenn

- er die Zustimmung zur Ausführung des Zahlungsvorgangs dem Kreditinstitut direkt erteilt hat und
- ihm die Informationen über den anstehenden Zahlungsvorgang in der vereinbarten Form mindestens 4 Wochen vor dem Fälligkeitstermin vom Kreditinstitut oder vom Vertragsunternehmen mitgeteilt oder zugänglich gemacht wurden.

Achtung: Solche Anweisungen fordern z. B. Hotels und Leihwagenunternehmen. Bitte prüfen Sie in diesem Fall besonders genau den Vertrag mit dem Vertragsunternehmen und dessen Abrechnung.

10. Umsatzbonus

10.1. Alle Karteninhaber, die ihre Kreditkarte bei ausgewählten Händlern im Internet speichern, erhalten einen prozentuellen Anteil des an den Händler zu zahlenden Preises zurück. Der Karteninhaber erhält einen Umsatzbonus ab der zweiten Zahlung nach Hinterlegung beim jeweiligen Händler. Zahlungen mit einer digitalisierten Kreditkarte sind vom Umsatzbonus ausgeschlossen. Eine Liste der teilnehmenden Händler finden Sie unter: www.sparkasse.at/t/kk-umsatzbonus

10.2. Der Verrechnungszeitraum erstreckt sich immer von 1.1. bis 31.12. In diesem Zeitraum muss das Valutadatum (es handelt sich dabei um den Tag, an dem der Kaufpreis dem Kreditkartenkonto angelastet wird) liegen. Dieses kann vom Autorisierungsdatum (es handelt sich dabei um den Tag, an dem der Kauf im Internet erfolgt) mehrere Tage abweichen. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Umsatzbonus ist daher das Valutadatum der jeweiligen Transaktion. Beispiel: Kauf wird am 28.12. durchgeführt, Buchung erfolgt am 2.1. Bonus wird bereits dem neuen Verrechnungszeitraum zugerechnet. Die Erste Bank selbst hat keinen Einfluss auf das Valutadatum. Der Umsatzbonus wird immer am 5.1. des Folgejahres gutgeschrieben. Die Gutschrift erhöht entsprechend den verfügbaren Betrag Ihrer Kreditkarte. Bei Zahlungen im Internet in Fremdwährung gilt als Transaktionsbetrag der in der Monatsrechnung ersichtliche Transaktionsbetrag (exklusive allfälligen Fremdwährungsentgelts) in Euro.

11. Anweisung

11.1. Bezieht der Karteninhaber unter Verwendung der Karte oder der Kartendaten Leistungen eines Vertragsunternehmens, weist er die Erste Bank unwiderruflich an, den vom Vertragsunternehmen dem Karteninhaber in Rechnung gestellten Betrag zu bezahlen. Die Erste Bank nimmt diese Anweisung bereits jetzt an. Der Karteninhaber verpflichtet sich, der Erste Bank den angewiesenen Betrag zu ersetzen, ohne Einwendungen aus dem Grundgeschäft zu erheben.

11.2. Die Anweisung kann durch Unterfertigung eines dem Karteninhaber vorgelegten Abrechnungsvordrucks, durch Eingabe des persönlichen Codes und Betätigen der entsprechenden Einrichtung (z. B. Betätigen der Taste „OK“ von Zahlungsterminals) oder durch sonstige Verwendung der Karte in Zahlungsabsicht (z. B. durch Hinhalten der Karte an ein Zahlungsterminal) erfolgen.

11.3. Die Unterschrift auf dem Abrechnungsvordruck muss mit der auf der Karte befindlichen Unterschrift übereinstimmen. Eine abweichende Unterschrift des Karteninhabers ändert nicht die Haftung des Karteninhabers für die Erfüllung seiner mit der Karte eingegangenen Verbindlichkeiten. Die Verwendung des persönlichen Codes steht der Unterschrift gleich.

11.4. Zur Überprüfung der Identität des Karteninhabers sind Vertragsunternehmen berechtigt, die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises zu verlangen.

12. Einwendungen aus dem Grundgeschäft

Wechselseitige Ansprüche, Einwendungen, Rechtsstreitigkeiten sowie Meinungsverschiedenheiten, die sich aus dem Rechtsverhältnis (Grundgeschäft) zwischen dem Karteninhaber und seinem Vertragspartner über Lieferungen und Leistungen ergeben, die der Karteninhaber unter Verwendung der Karte bargeldlos bezahlt hat, sind direkt mit dem Vertragspartner zu klären. Dies gilt insbesondere auch für die Höhe des Rechnungsbetrags. Die Erste Bank übernimmt keine Haftung für die vertragskonforme Abwicklung des Grundgeschäfts durch den Vertragspartner.

13. Pflichten und Haftung des Karteninhabers

13.1. Der Karteninhaber hat nach Erhalt und bei Nutzung der Karte alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale (wie insbesondere den persönlichen Code, Passwörter) vor unbefugtem Zugriff zu schützen.

13.2. Bei Gemeinschaftskonten haften alle Kontoinhaber für die im Zusammenhang mit der Kreditkarte entstehenden Verbindlichkeiten solidarisch.

13.3. Der persönliche Code sowie die Passwörter sind geheim zu halten und getrennt von der Karte aufzubewahren. Der persönliche Code und die Passwörter dürfen nicht auf der Karte notiert werden. Der persönliche Code und die Passwörter dürfen niemandem, insbesondere auch nicht Angehörigen, Mitarbeitern der Erste Bank oder der Sparkasse, anderen Kontoinhabern oder anderen Karteninhabern, bekannt gegeben werden.

13.4. Es kann zu technischen, nicht im Einflussbereich des Kreditinstitutes liegenden Problemen bei der Akzeptanz der Karte kommen. Auch kann es durch Manipulation Dritter zu Beeinträchtigungen der

Funktionsfähigkeiten der Akzeptanzstellen oder der Karte kommen. Auch in solchen Fällen darf der persönliche Code nicht an Dritte weitergegeben werden.

13.5. Beruhen vom Karteninhaber nicht autorisierte Zahlungsvorgänge auf der Nutzung eines verlorenen oder gestohlenen Zahlungsinstruments oder auf der missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsinstruments, so ist der Karteninhaber dem Kreditinstitut zum Ersatz des gesamten daraus entstandenen Schadens verpflichtet, wenn der Karteninhaber den Schaden

- in betrügerischer Absicht oder
- durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung der ihm im Zusammenhang mit dem Zahlungsinstrument und den personalisierten Sicherheitsmerkmalen treffenden Pflichten herbeigeführt hat.

13.6. Hat der Karteninhaber diese Pflichten gemäß Punkt 13. nur leicht fahrlässig verletzt, so ist die Haftung des Karteninhabers für den Schaden auf den Betrag von 50 Euro beschränkt. Bei missbräuchlichen kontaktlosen Zahlungen ohne Eingabe des persönlichen Codes oder Unterschrift trägt die Erste Bank auch den zuvor angeführten Selbstbehalt von 50 Euro, es sei denn, der Karteninhaber hat in betrügerischer Absicht gehandelt.

13.7. Der Karteninhaber haftet nicht,

- wenn der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments für ihn vor einer Zahlung nicht bemerkbar war oder der Verlust des Zahlungsinstruments durch dem Kreditinstitut zuzurechnende Handlungen oder Unterlassungen verursacht wurde.
- für Zahlungsvorgänge, die nach seinem Auftrag an das Kreditinstitut, ein bestimmtes Zahlungsinstrument zu sperren, mittels des betreffenden Zahlungsinstruments veranlasst werden, es sei denn, der Karteninhaber hat in betrügerischer Absicht gehandelt.
- für Zahlungsvorgänge, bei welchen die Anzeige des Verlusts, des Diebstahls oder der missbräuchlichen Verwendung des Zahlungsinstruments aus von dem Kreditinstitut zu vertretenden Gründen für den Karteninhaber nicht möglich gewesen ist; es sei denn, der Karteninhaber hat in betrügerischer Absicht gehandelt.
- für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge, bei welchen das Kreditinstitut keine starke Kundenauthentifizierung verlangt hat; es sei denn, der Karteninhaber hat in betrügerischer Absicht gehandelt.

13.8. Wenn der Karteninhaber den Schaden weder in betrügerischer Absicht noch durch vorsätzliche Verletzung einer Sorgfaltspflicht herbeigeführt hat, sind bei einer allfälligen Schadensteilung zwischen dem Karteninhaber und dem Kreditinstitut insbesondere die Art der personalisierten Sicherheitsmerkmale sowie die besonderen Umstände, unter denen der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments stattgefunden hat, zu berücksichtigen.

13.9. Für Unternehmer finden die Punkte 13.5. bis 13.8. keine Anwendung. Unternehmer haften bei Schäden, die der Erste Bank aus der Verletzung der in diesen Bedingungen festgelegten Sorgfaltspflichten durch den Unternehmer entstehen, bei jeder Art des Verschuldens betraglich unbegrenzt.

14. Bekanntgabe wesentlicher Änderungen

14.1. Der Karteninhaber ist verpflichtet, der Erste Bank oder der Sparkasse Änderungen seines Namens, der Firma, der Anschrift oder der Anschrift einer anderen von ihm namhaft gemachten Empfangsstelle unverzüglich mitzuteilen. Gibt der Karteninhaber Änderungen der Anschrift nicht bekannt, gelten schriftliche Erklärungen der Erste Bank oder Sparkasse als zugegangen, wenn sie an die letzte vom Karteninhaber der Erste Bank oder der Sparkasse bekannt gegebene Anschrift gesendet wurden.

14.2. Jeder Verlust und jede Einschränkung der Geschäftsfähigkeit des Karteninhabers sind der Erste Bank oder der Sparkasse unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Ist der Kunde eine Gesellschaft oder eine juristische Person, so ist auch deren Auflösung der Erste Bank oder der Sparkasse unverzüglich bekannt zu geben.

14.3. Der Kunde hat bei der Begründung jeder Geschäftsbeziehung und bei Inanspruchnahme einer gelegentlichen Transaktion dem Kreditinstitut mitzuteilen, ob er die Geschäftsbeziehung und/oder die Transaktion auf eigene oder fremde Rechnung bzw. im fremden Auftrag betreiben will. Diesbezügliche Änderungen während der aufrechten Geschäftsbeziehung hat der Kunde von sich aus dem Kreditinstitut unverzüglich bekannt zu geben.

15. Sperre der Karte

15.1. Den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung des Zahlungsinstruments hat der Karteninhaber unverzüglich, sobald er davon Kenntnis hat, der Erste Bank oder der Sparkasse anzuzeigen. Dies kann jederzeit telefonisch bei der dafür eingerichteten Karten-Sperrhotline unter +43 (0)5 0100 und der Bankleitzahl des Kreditinstituts, persönlich im Kreditinstitut zu den jeweiligen Öffnungszeiten oder im Internetbanking erfolgen. Nach vorgenommener Sperre wird eine neue Karte erstellt und umgehend die Zustellung der Karte an den Karteninhaber vorgenommen.

15.2. Die Erste Bank ist berechtigt, die Karte in folgenden Fällen zu sperren oder ein vereinbartes Kartenlimit herabzusetzen:

- wenn objektive Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit der Karte dies rechtfertigen;
- wenn der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung der Karte besteht oder

- wenn im Zusammenhang mit einer mit der Karte verbundenen Kreditlinie ein beträchtlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Kunde seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen kann. Ein solches beträchtlich erhöhte Risiko liegt insbesondere vor, wenn der Kunde seinen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit einer mit der Karte verbundenen Kreditlinie (Überschreitung oder Überziehung) nicht nachgekommen ist und
- entweder die Erfüllung dieser Zahlungspflichten aufgrund einer Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten gefährdet ist oder
 - beim Kunden die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist oder diese unmittelbar droht.

Das Kreditinstitut wird den Karteninhaber von einer solchen Sperre und deren Gründe in der mit dem Karteninhaber vereinbarten Kommunikationsform möglichst vor, spätestens aber unverzüglich nach der Sperre informieren.

Die Informationspflicht besteht nicht, soweit eine Bekanntgabe der Sperre oder der Gründe für die Sperre eine gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Anordnung verletzen bzw. österreichischen oder gemeinschaftsrechtlichen Rechtsnormen oder objektiven Sicherheitserwägungen zuwiderlaufen würde.

16. Abrechnung

16.1. Alle Dispositionen des Karteninhabers unter Verwendung der Kreditkarte erfolgen auf Rechnung des Kontoinhabers. Der Karteninhaber erhält von der Erste Bank bei jeder Anlastung, nicht jedoch öfter als einmal pro Monat, eine Abrechnung (Monatsrechnung), die stets auf Euro lautet.

16.2. Im Falle einer auf Grund eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs erfolgten Belastung kann der Kunde jedenfalls dann eine Berichtigung durch das Kreditinstitut erwirken, wenn er das Kreditinstitut unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs, jedoch spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung, hiervon unterrichtet hat. Ist der Kunde Unternehmer, kann diese Berichtigung durch den Kunden bis spätestens 3 Monate nach dem Tag der Belastung erfolgen. Die Befristungen gelten nicht, wenn das Kreditinstitut dem Kunden die in Punkt 16.1. dieser Bedingungen vorgesehenen Informationen zu dem betreffenden Zahlungsvorgang nicht mitgeteilt oder zugänglich gemacht hat. Durch diese Bestimmung werden andere Ansprüche des Kunden auf Berichtigung nicht ausgeschlossen.

16.3. Der Karteninhaber kann folgende Zahlungsarten vereinbaren:

- Zahlung des gesamten offenen Betrages entgeltfrei innerhalb der in der Monatsrechnung angegebenen und im Konditionenaushang ersichtlichen Frist.
- Teilzahlung innerhalb der vereinbarten und in der Monatsrechnung angegebenen Höhe und Frist. Diese Frist ist auch im Konditionenaushang

ersichtlich. In diesem Fall stellt die Erste Bank dem Karteninhaber die vereinbarten Zinsen vom nicht bezahlten Saldo in Rechnung. Dem Karteninhaber steht es ungeachtet der getroffenen Vereinbarung frei, jederzeit einen Teil oder auch den gesamten offenen Rechnungsbetrag auf seinem Kreditkartenkonto abzudecken. Die jeweilige Ratenhöhe berechnet sich auf Basis der Summe sämtlicher auf dem Kreditkartenkonto des Karteninhabers offener Rechnungsbeträge zuzüglich angefallener Zinsen.

- 16.4.** Auch bei einer Bargeldbehebung gilt die jeweils vereinbarte Zahlungsart.
- 16.5.** Mangels anderer Vereinbarung schließt die Erste Bank das Kreditkartenkonto monatlich ab. Die monatlich jeweils angefallenen Entgelte und Zinsen sind Teil des Abschlussaldos, der in der Folge weiter verzinst wird („Zinseszinsen“).
- 16.6.** Hat der Karteninhaber Teilzahlung vereinbart, so ist die Erste Bank erst dann berechtigt, den gesamten offenen Betrag vom Karteninhaber zu fordern, wenn sich der Karteninhaber mit einer fälligen Zahlung zumindest 6 Wochen in Verzug befindet und die Erste Bank ihn unter Androhung des Terminverlustes unter Setzung einer Nachfrist von mindestens 2 Wochen erfolglos gemahnt hat.
- 16.7.** In beiden Zahlungsarten hat der Karteninhaber durch fristgerechte Einzahlung des entsprechenden Betrages dafür Sorge zu tragen, dass dieser gemäß der in der Monatsrechnung angegebenen Frist bei der Erste Bank einlangt. Fall der Kündigung des Kartenvertrages durch die Erste Bank oder den Karteninhaber hat der Karteninhaber den offenen Saldo gemäß der vereinbarten Zahlungsart zu begleichen.

17. Fremdwährung

17.1. Abrechnung und Rückvergütung bei Fremdwährungstransaktionen

17.1.1. Die Abrechnung

Die Abrechnung durch die Erste Bank (Punkt 16.) erfolgt in Euro. Kartenumsätze in Euro außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie Kartenumsätze in einer Nicht-Euro-Währung berechtigen die Erste Bank, das in dem mit dem Karteninhaber vereinbarten Konditionenaushang für die Karte geregelte Fremdwährungsentgelt in Rechnung zu stellen. Erteilt der Karteninhaber einen Auftrag in einer anderen Währung als Euro, erfolgt die Abrechnung in Euro. Zur Umrechnung der auf eine Fremdwährung lautenden Umsätze zieht die Erste Bank als Referenzwechselkurs den für die jeweilige Währung auf Basis verschiedener Großhandelskurse für den internationalen Devisenmarkt (herangezogen aus unabhängigen internationalen Quellen wie z. B. Bloomberg, Reuters) oder (vorrangig) auf Basis staatlich festgelegter Kurse gebildeten Kurs heran.

- für Mastercard-Karten: den von Mastercard International Incorporated (2000 Purchase Street, Purchase, NY 10577 USA) oder

- für Visa-Karten: den von Visa Europe Limited (1 Sheldon Square, London, W2 6TT, UK)

Dieser Referenzwechselkurs ist für Mastercard auf <https://www.mastercard.us/en-us/personal/get-support/convert-currency.html> (Mastercard® Currency Converter Calculator) und für Visa auf www.visa.eu-rope.com/en/cardholders/exchange_rates.aspx (Exchange Rate Calculator), mit den gesamten Währungsumrechnungsentgelten als prozentualem Aufschlag auf die letzten verfügbaren Euro-Referenzwechselkurse der Europäischen Zentralbank, abrufbar. Der dem Karteninhaber in Rechnung gestellte Wechselkurs besteht aus dem Referenzwechselkurs zuzüglich des mit dem Karteninhaber vereinbarten Fremdwährungsentgelts. Für die Umrechnung wird der Referenzwechselkurs verwendet, der zum Zeitpunkt der Autorisierung von Mastercard International Incorporated oder von Visa Europe Limited gebildet wurde. Die Abrechnung (Punkt 16.) enthält zusätzlich den Fremdwährungsumsatz (inklusive Angabe der Währung), den zur Anwendung gebrachten Wechselkurs, das Datum der Autorisierung sowie das anfallende Fremdwährungsentgelt.

17.1.2. Verfahren für die Rückvergütung von Fremdwährungsentgelten einer vereinbarten Anzahl von Umsätzen

Der Hauptkarteninhaber kann der Kreditkarte angelastete Fremdwährungsentgelte zurückfordern, indem er im Internetbanking George einzelne Fremdwährungstransaktionen auswählt. Eine solche Rückvergütung kann nur innerhalb des jeweiligen Abrechnungszeitraumes (Punkt 16.) erfolgen, in dem die Fremdwährungstransaktionen getätigt wurden. Durch die Gutschrift erhöht sich der verfügbare Betrag Ihrer Kreditkarte. Die Anzahl allenfalls verfügbarer Rückvergütungen und der Abrechnungszeitraum werden mit dem Karteninhaber durch Vereinbarung der Geltung eines Konditionenaushangs vereinbart, der diese Informationen umfasst.

17.2. Information zur VO (EU) 2021/1230 (EU-Preisverordnung)

- 17.2.1.** Unverzüglich nachdem das Kreditinstitut einen Zahlungsauftrag aufgrund einer Barabhebung an einem Geldautomaten oder einer Zahlung an POS-Kassen („Transaktionen“) erhalten hat, der auf eine Währung des EWR lautet, die von der Währung des Kreditkartenkontos abweicht, übermittelt das Kreditinstitut dem Karteninhaber eine elektronische Mitteilung. In dieser werden die Währungsumrechnungsentgelte als prozentueller Aufschlag auf die letzten verfügbaren Euro-Referenzwechselkurse der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgewiesen. Zudem erhält der Karteninhaber eine derartige elektronische Mitteilung einmal in jedem Monat, in dem eine der oben genannten Transaktionen getätigt wird. Bei Bestehen eines Zugangs zum Internetbanking George erhält der Karteninhaber diese elektronische Mitteilung als Benachrichtigung über George im Internetbrowser und als Push-Nachricht auf dem mobilen Endgerät. Letzteres nur, sofern die George-App installiert ist und Push-Nachrichten auf dem mobilen Endgerät zugelassen sind. Besteht kein Zugang zum Internetbanking George, erhält der Karteninhaber diese Mitteilung an die letzte dem

Kreditinstitut vom Kunden bekannt gegebene E-Mail-Adresse.

- 17.2.2.** Ein Verzicht auf den Erhalt solcher elektronischen Mitteilungen kann bei Bestehen eines Zugangs zum Internetbanking George durch Deaktivierung der entsprechenden elektronischen Mitteilung im Internetbanking George durchgeführt werden. Ansonsten kann der Karteninhaber jederzeit telefonisch unter +43 (0)5 0100 und der Bankleitzahl des Kreditinstituts oder persönlich im Kreditinstitut zu den jeweiligen Öffnungszeiten diese elektronische Mitteilung deaktivieren lassen.

18. Zusatzkarten

- 18.1.** Werden zur Karte des Hauptkarteninhabers Zusatzkarten ausgegeben, so haften der Hauptkarteninhaber und der Zusatzkarteninhaber solidarisch bis zur Höhe des mit allen Karteninhabern vereinbarten Zusatzkartenlimits für alle Verpflichtungen, die sich aus dem Zusatzkartenvertrag ergeben, insbesondere für die rechtzeitige Bezahlung der Abrechnung.
- 18.2.** Der Hauptkarteninhaber kann ohne Zustimmung des Zusatzkarteninhabers bzw. der Zusatzkarteninhaber rechtswirksame Erklärungen die Zusatzkarte(n) betreffend gegenüber der Erste Bank abgeben. Dies ändert jedoch nichts an der solidarischen Haftung des Hauptkarteninhabers für Verbindlichkeiten, die der Zusatzkarteninhaber nach Zugang einer solchen Erklärung bei der Erste Bank eingegangen ist. Im Falle, dass der Hauptkartenvertrag aufgelöst wird, gilt auch der Zusatzkartenvertrag als aufgelöst. Der Hauptkarteninhaber ist verpflichtet, den Zusatzkarteninhaber hiervon zu verständigen. Im Falle des Todes des Hauptkarteninhabers gilt auch der Zusatzkartenvertrag als aufgelöst.

19. Firmenkarten

- 19.1.** Firmenkarten sind Karten, die von einer natürlichen Person (Karteninhaber) und einer mitantragstellenden juristischen Person (als Firma bezeichnet) beantragt werden. Firmenkarten sind für dienstlich veranlasste Aufwendungen zu verwenden. Dienstlich veranlasst sind Aufwendungen, die im Interesse der Firma mit der Firmenkarte bezahlt werden.
- 19.2.** Die mitunterzeichnende Firma nimmt zur Kenntnis, dass die Firma mit der Ausstellung der Firmenkarte die Pflichten eines Hauptkarteninhabers gemäß diesen Bedingungen eingetht.
- 19.3.** Der Inhaber einer Firmenkarte und die mitunterzeichnende Firma haften solidarisch für die Bezahlung aller durch die Verwendung dieser Karte auf Grund einer Zahlungsanweisung des Karteninhabers entstandenen Verbindlichkeiten.
- 19.4.** Für dienstlich veranlasste Aufwendungen wird der Karteninhaber der Firmenkarte nach Eröffnung eines

Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmens oder nach Abweisung eines Insolvenzantrags gegen das Unternehmen mangels Masse (Insolvenz) von seiner persönlichen Haftung befreit.

20. Entgelt- und Leistungsänderungen

20.1. Entgelt- und Leistungsänderungen gegenüber Unternehmern

- 20.1.1.** Das Kreditinstitut kann im Geschäft mit Unternehmern in dem vorliegenden Rahmenvertrag für Zahlungsdienste Entgelte, die das Kreditinstitut oder der Kunde zu leisten hat (einschließlich Soll- und Habenzinsen auf Giro- oder anderen Konten, Kontoführungsgebühren etc.) unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände (insbesondere Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Veränderungen auf dem Geld- oder Kapitalmarkt, Veränderungen der Refinanzierungskosten, Veränderungen des Personal- und Sachaufwandes, Veränderungen des Verbraucherpreisindex etc.) nach billigem Ermessen ändern. Gleiches gilt für Änderungen anderer Leistungen des Kreditinstituts, die auf Grund der Änderung gesetzlicher Anforderungen, der Sicherheit des Bankbetriebs, der technischen Entwicklung oder des erheblich gesunkenen, die Kostendeckung wesentlich beeinträchtigenden Nutzungsgrads einer Leistung erfolgen.
- 20.1.2.** Über 20.1.1. hinausgehende Änderungen von Leistungen des Kreditinstituts oder der Entgelte des Kunden, die Einführung neuer entgeltpflichtiger Leistungen sowie neuer Entgelte für schon vereinbarte Leistungen werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens angeboten. Die Zustimmung des Kunden zu diesen Änderungen gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot hinweisen. Das Änderungsangebot kann das Kreditinstitut auf eine mit dem Unternehmer vereinbarte Weise zum Abruf bereithalten.

20.2. Änderungen der mit Verbrauchern vereinbarten Entgelte für Zahlungsdienste (ausgenommen Sollzinsen)

- 20.2.1.** Änderungen der in dem vorliegenden Rahmenvertrag für Zahlungsdienste vereinbarten Entgelte werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, das ist der 1. April oder der 1. Juli eines Jahres, angeboten. Die Zustimmung des Kunden zu diesen Änderungen gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot, das dem Kunden mitzuteilen ist und in dem das Ausmaß der Änderung darzustellen ist, hinweisen. Der Kunde hat das Recht, den Rahmenvertrag bis zum Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Auch darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.
- 20.2.2.** Auf dem in 20.2.1. vereinbarten Weg darf mit dem Kunden eine Anpassung der Entgelte an die Entwicklung des von der Statistik Austria veröffentlichten

nationalen Verbraucherpreisindex 2020 („Verbraucherpreisindex“) – und dies nur einmal im Kalenderjahr – vereinbart werden. Die Anpassung erfolgt im Ausmaß des Jahresdurchschnitts der Inflationsraten des jeweils vergangenen Jahres. Das sich aus der Anpassung ergebende Entgelt wird kaufmännisch auf ganze Cent gerundet.

Wurde dem Kunden in einem Jahr die sich aus der Entwicklung des Verbraucherpreisindex ergebende Entgeltanpassung nicht angeboten, so kann diese Anpassung dem Kunden auch später noch mit Wirkung für die Zukunft angeboten werden.

- 20.2.3.** Entgelte, die als Prozentsätze ausgewiesen sind oder kurswertbasiert berechnet werden, unterliegen keiner Anpassung nach 20.2.1. und 20.2.2.

20.3. Änderung der mit Verbrauchern vereinbarten Soll- und Habenzinssätze

Bindet eine Anpassungsklausel einen Zinssatz an einen Referenzzinssatz (wie z. B. den EURIBOR), so werden Änderungen unmittelbar ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden wirksam. Der Verbraucher wird über wirksam gewordene Änderungen des Zinssatzes spätestens im folgenden Kalenderquartal informiert.

21. Änderungen der Bedingungen oder des Kartenvertrages

- 21.1.** Änderungen dieser Bedingungen werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens unter Hinweis auf die betroffenen Bestimmungen angeboten. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot hinweisen. Außerdem wird das Kreditinstitut eine Gegenüberstellung bei den von der Änderung der Bedingungen betroffenen Bestimmungen sowie die vollständige Fassung der neuen Bedingungen auf seiner Internetseite veröffentlichen und die Gegenüberstellung dem Kunden auf sein Verlangen zur Verfügung stellen. Auch darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen. Das Änderungsangebot ist einem Kunden, der Verbraucher ist, mitzuteilen. Gegenüber einem Unternehmer wird das Anbot über die Änderung auf eine mit dem Unternehmer vereinbarte Weise zum Abruf bereitgehalten.

- 21.2.** Im Falle einer solchen beabsichtigten Änderung der Bedingungen hat der Kunde, der Verbraucher ist, das Recht, seine Rahmenverträge für Zahlungsdienste (insbesondere den Girokontovertrag) vor dem Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.

- 21.3.** Die Punkte 21.1. und 21.2. finden auf die Änderung der Leistungen des Kreditinstituts (einschließlich

Habenzinsen) und der Entgelte des Kunden (einschließlich Sollzinsen) keine Anwendung. Anwendung.

22. Eintrag in die Kleinkreditevidenz (Konsumkreditevidenz)

Die Erste Bank weist darauf hin, dass der mit dem Kunden bei Abschluss des Kartenvertrags vereinbarte Einkaufsrahmen in die „Kleinkreditevidenz“ (KKE) eingetragen wird. Die KKE ist ein zu Zwecken des Gläubigerschutzes und der Risikominimierung geführtes Register des Kreditschutzverbandes von 1870 („KSV 1870“). Für die Verarbeitung der KKE ist der KSV 1870 Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Nummer 7 DSGVO. Für die Eintragung fungiert der KSV 1870 als Auftragsverarbeiter des jeweils eintragenden Instituts im Sinne des Art. 4 Nummer 8 DSGVO. Der KSV 1870 ist vertraglich verpflichtet, Daten aus der KKE ausschließlich an Kreditinstitute, kreditgewährende Versicherungsunternehmen und Leasinggesellschaften mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU) auf Anfrage weiterzugeben, soweit diese eine Rechtspflicht zur korrekten Beurteilung des Kreditrisikos, das sich aus übernommenen Haftungen ergibt, trifft. Im Falle einer behaupteten Verletzung Ihrer Rechte steht Ihnen ein Beschwerderecht an die Datenschutzbehörde oder der Zivilrechtsweg offen. In allen Zweifelsfragen betreffend die Eintragung in die KKE/Warnliste können Sie sich an Ihr kontoführendes Kreditinstitut oder ab dem Zeitpunkt der Eintragung Ihrer Daten in die KKE/Warnliste auch an den KSV 1870 wenden, insbesondere auch, wenn Sie Ihr Auskunfts-, Berichtigungs- oder Löschungsrecht hinsichtlich der KKE/Warnliste geltend machen wollen.

23. Erfüllungsort, Rechtswahl, Gerichtsstand

- 23.1.** Erfüllungsort für alle Vertragsparteien sind die Geschäftsräume jener Stelle der Erste Bank bzw. Sparkasse, in welchen das Geschäft abgeschlossen wurde.
- 23.2.** Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Kunden und der Erste Bank gilt österreichisches Recht.

23.3. Gerichtsstand

- 23.3.1.** Klagen eines Unternehmers gegen die Erste Bank können nur beim sachlich zuständigen Gericht erhoben werden. Dieser Gerichtsstand ist auch für Klagen der Erste Bank gegen einen Unternehmer maßgeblich, wobei die Erste Bank berechtigt ist, ihre Rechte auch bei jedem anderen örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend zu machen.
- 23.3.2.** Der für Klagen eines Verbrauchers oder gegen einen Verbraucher bei Vertragsabschluss mit der Erste Bank gegebene allgemeine Gerichtsstand in Österreich bleibt auch dann erhalten, wenn der Verbraucher nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt und österreichische gerichtliche Entscheidungen in diesem Land vollstreckbar sind.

Besondere Geschäftsbedingungen für die digitale Kreditkarte

Fassung September 2023

Für die Nutzung einer digitalen Kreditkarte (im Folgenden „**digitale Karte**“) gelten neben den vorliegenden besonderen Geschäftsbedingungen auch die „Geschäftsbedingungen für den Gebrauch einer Kreditkarte“ in vollem Umfang, soweit die vorliegenden besonderen Geschäftsbedingungen nichts Abweichendes festlegen.

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Kartendigitalisierungsantrag

Der Karteninhaber stellt den Antrag (im Folgenden auch „**digitaler Kartenvertrag**“) zur Digitalisierung seiner physischen Karte an das Kreditinstitut direkt über seine Wallet oder in der Internetbanking Applikation George (im Folgenden „**George App**“) der Ersten Bank und Sparkassen.

1.2. Verwendung der digitalen Karte durch Kartendigitalisierung

Unter Unter Kartendigitalisierung (im Folgenden auch „**Digitalisierung**“) wird die Speicherung der Kartendaten in einer Wallet als digitale **Karte** auf einem mobilen Endgerät verstanden. Damit der Karteninhaber seine Kartendaten digitalisieren kann, benötigt der Karteninhaber

- ein geeignetes mobiles Endgerät,
- eine für die Digitalisierung der Kartendaten und Nutzung der digitalen Karte vorgesehene Wallet auf dem mobilen Endgerät und
- die George App von Erste Bank und Sparkasse

Der Kartendigitalisierungsantrag wird spätestens mit der Nachricht der Erste Bank oder Sparkasse über die abgeschlossene Digitalisierung der digitalen Karte für den Karteninhaber von der Erste Bank angenommen.

2. Bestimmungen zur Nutzung

2.1. Gültigkeitsdauer der digitalen Karte, Vertragsdauer und Beendigung

2.1.1. Gültigkeitsdauer der digitalen Karte

Die Gültigkeitsdauer der digitalen Karte entspricht jener der Karte. Nach Ablauf der Gültigkeit der Karte endet gleichzeitig die Gültigkeit der digitalen Karte.

2.1.2. Verlängerung der digitalen Karte

Bei aufrechtem digitalen Kartenvertrag wird dem Karteninhaber gleichzeitig mit der Verlängerung der Kreditkarte auch eine neue digitale Karte zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist das Kreditinstitut bei aufrechtem digitalen Kartenvertrag berechtigt, dem Karteninhaber eine neue digitale Karte zur Verfügung zu stellen.

2.1.3. Dauer und Beendigung des digitalen Kartenvertrages

Der digitale Kartenvertrag endet jedenfalls mit der Beendigung der zugehörigen Kontoverbindung des Kontoinhabers sowie mit Schließung der Kreditkarte. Mit Beendigung der Kontoverbindung oder bei Kündigung des physischen und des digitalen Kartenvertrags ist das Kreditinstitut berechtigt, die zugehörige/n digitale/n Karte /n zu löschen.

3. Weitere Bestimmungen

3.1. Abgrenzung der Aufgaben des Kreditinstituts zum Drittanbieter

Das Kreditinstitut steht dem Karteninhaber für sämtliche Anliegen zur digitalen Karte (z. B. Digitalisierung, Sperre der digitalen Karte) zur Verfügung. Sämtliche Anliegen im Zusammenhang mit dem mobilen Endgerät und/oder Vertragsabschlüsse mit Drittanbietern hat der Karteninhaber an den jeweiligen Drittanbieter, mit dem er ein Vertragsverhältnis eingegangen ist, zu richten.

3.2. Limitvereinbarung und Limitänderung

Die im Kartenvertrag zur physischen Karte vereinbarten Bestimmungen zum Einkaufsrahmen gelten gleichermaßen für die digitale Karte.

3.3. Pflichten des Karteninhabers

3.3.1. Schutz der personalisierten Sicherheitsmerkmale

Der Karteninhaber hat nach dem Erhalt und bei der Nutzung der digitalen Karte alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale (wie insbesondere den persönlichen Code) vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Der persönliche Code ist geheim zu halten und getrennt von der digitalen Karte aufzubewahren. Darüber hinaus darf der persönliche Code nicht auf dem mobilen Endgerät abgespeichert werden. Der persönliche Code darf niemandem, insbesondere auch nicht Mitarbeitern der Erste Bank oder Sparkasse, anderen Kontoinhabern oder anderen Karteninhabern, bekannt gegeben werden.

3.3.2. Sperr-Meldung und sonstige Anzeigen

Den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung

des Zahlungsinstruments hat der Karteninhaber unverzüglich, sobald er davon Kenntnis hat, der Erste Bank oder der Sparkasse anzuzeigen. Die Verlustmeldung und Sperre eines mobilen Endgeräts bzw. ggf. die Sperre einer SIM-Karte beim Drittanbieter führt nicht gleichermaßen auch zur Sperre der digitalen Karte. Die digitale Karte ist gesondert, wie in Punkt 3.5. dieser besonderen Geschäftsbedingungen vorgesehen, zu sperren. Wird die digitale Karte nicht gesperrt, so kann diese weiterhin genutzt werden.

3.3.3. Kündigung der digitalen Karte bei Weitergabe des mobilen Endgeräts

Bevor der Karteninhaber sein mobiles Endgerät an eine dritte Person weitergibt (Weitergabe, Weiterverkauf), ist dieser verpflichtet den zugehörigen digitalen Kartenvertrag mit der Erste Bank zu beenden. Eine Löschung der Wallet vom für die Nutzung verwendeten mobilen Endgerät genügt nicht.

3.4. Abrechnung

Die Abrechnung der Transaktionen der digitalen Karte und der physischen Karte erfolgt gemeinsam und wird zum gleichen Zeitpunkt mittels gemeinsamer Rechnungslegung abgebucht.

3.5. Sperre der digitalen Karte

Die Sperre einer digitalen Karte kann vom Kontoinhaber oder vom betreffenden Karteninhaber wie folgt beauftragt werden:

- jederzeit telefonisch bei der dafür eingerichteten Karten-Sperrhotline unter +43 (0) 50100 und der Bankleitzahl des Kreditinstitutes;
- persönlich im Kreditinstitut zu den jeweiligen Öffnungszeiten;

Eine bei der Sperrhotline des Kreditinstituts beauftragte Sperre wird unmittelbar mit Einlangen des Sperrauftrags wirksam.

Nach erfolgter Sperre werden dem Kontoinhaber keine Entgelte mehr für die gesperrte digitale Karte in Rechnung gestellt.

Die Verlustmeldung und/oder Sperre eines mobilen Endgerätes und/oder einer Wallet beim Drittanbieter führt nicht zur Sperre der digitalen Karte.

Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George“

Fassung Jänner 2021

Um die Lesbarkeit dieser Geschäftsbedingungen zu erleichtern, wurde auf das Gendern verzichtet. Alle personenbezogenen Formulierungen sind geschlechtsneutral zu verstehen. Sofern in den nachfolgenden Geschäftsbedingungen „George“ verwendet wird, ist damit ein Internetbanking der Erste Bank und Sparkassen gemeint.

Allgemeine Bestimmungen

1. Voraussetzungen

Für die Nutzung aller Leistungen im Rahmen von „George“ ist eine aufrechte Geschäftsbeziehung mit dem Kreditinstitut erforderlich.

2. Nutzung

Personen mit einer aufrechten Geschäftsbeziehung zum Kreditinstitut (Konto(mit)inhaber, Zeichnungsberechtigte) werden im Folgenden als „Nutzungsberechtigte“ oder „Kunden“ bezeichnet.

2.1. Nutzungsberechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung der Leistungen im Rahmen dieser Vereinbarung kann nur an den Kontoinhaber oder an von diesem bevollmächtigte Personen, sowie an durch das Gesetz bestimmte Vertreter erteilt werden. Personen, die über kein Konto beim Kreditinstitut verfügen, können „George“ nur eingeschränkt nutzen, es sind insbesondere keine Zahlungsvorgänge über „George“ möglich.

2.2. Log-in und Autorisierung

Die Legitimation und die Freigabe autorisierungspflichtiger Transaktionen erfolgt durch die mit dem Kunden vereinbarte Freigabemethode.

3. Sorgfaltspflicht

Der Kunde hat alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, die personalisierten Sicherheitsmerkmale (insbesondere PIN, Code) vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Zahlungsauslösedienstleister und Kontoinformationsdienstleister sowie Zahlungsdienstleister, die kartengebundene Zahlungsinstrumente ausgeben und Deckungsabfragen durchführen, gelten nicht als „Unbefugte“ im Sinne dieser Bestimmung.

Der Kunde ist verpflichtet die Benutzerführung, sowie die Sicherheitshinweise in der jeweiligen Applikation und dem s SicherheitsCenter <https://sicherheit.sparkasse.at> zu befolgen. Den Verlust, Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht

autorisierte Nutzung der personalisierten Sicherheitsmerkmale hat der Kunde unverzüglich, sobald er davon Kenntnis hat, dem Kreditinstitut bei einer kontoführenden Stelle oder über die Sperrhotline unter +43 (0) 5 0100 und der Bankleitzahl des Kreditinstitutes, anzuzeigen.

Das Kreditinstitut wird im Zuge der Anzeige unverzüglich die Sperre der personalisierten Sicherheitsmerkmale veranlassen. Eine beauftragte Sperre wird unmittelbar mit Einlangen des Sperrauftrages wirksam. Das Kreditinstitut ist berechtigt, den „George“-Zugang ohne Mitwirkung des Kunden in folgenden Fällen zu sperren:

- wenn objektive Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit von „George“ dies rechtfertigen
- wenn der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung von „George“ bzw. der personalisierten Sicherheitsmerkmale besteht, oder
- wenn im Zusammenhang mit einer mit „George“ verbundenen Kreditlinie ein beträchtlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Kunde seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen kann. Ein solches beträchtlich erhöhte Risiko liegt insbesondere vor, wenn der Kunde seinen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit der Verwendung von mit „George“ verbundenen Kreditlinie (Überschreitung oder Überziehung) nicht nachgekommen ist und
 - entweder die Erfüllung dieser Zahlungspflichten auf Grund einer Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten gefährdet ist, oder
 - beim Kunden die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist oder diese unmittelbar droht.

Das Kreditinstitut wird den Kunden von einer solchen Sperre und deren Gründe, sowie von der Sperre des Zugriffs durch einen Kontoinformationsdienstleister bzw. Zahlungsauslösedienstleister auf ein Zahlungskonto des Kunden und über die Gründe für diese Sperre, in einer der mit dem Kunden vereinbarten Kommunikationsform möglichst vor, spätestens aber unverzüglich nach, der Sperre informieren.

Die Informationspflicht besteht nicht, soweit eine Bekanntgabe der Sperre oder der Gründe für die Sperre eine gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Anordnung verletzen bzw. österreichischen oder gemeinschaftsrechtlichen Rechtsnormen oder objektiven Sicherheitserwägungen zuwiderlaufen würde.

Nach viermaligem Zugriff mit den falschen personalisierten Sicherheitsmerkmalen wird der Zugriff für den Nutzungsberechtigten automatisch gesperrt.

Der Kunde ist berechtigt seinen George-Zugang jederzeit telefonisch bei dem dafür eingerichteten George Helpdesk unter +43 (0) 5 0100 und der Bankleitzahl des Kreditinstitutes oder persönlich in einer Filiale des Kreditinstitutes sperren zu lassen. Dies hat die Sperre aller Serviceleistungen zur Folge. Die Aufhebung von Zugriffssperren muss vom Kunden entweder schriftlich (Original-Unterschrift) oder persönlich in einer Filiale des Kreditinstitutes beantragt werden.

Bei Nichtzustandekommen des Leitungsaufbaues oder bei Störungen ist der Kunde verpflichtet - zur Schadensminderung - umgehend die anderen Kommunikationsmittel auszuschöpfen (z. B. Telefonanruf im 24h-Service statt Internet).

4. Haftung des Kunden bzw. des Kreditinstituts

4.1. Haftung des Kunden für Zahlungsvorgänge im Rahmen der Nutzung von „George“

4.1.1. Beruhen vom Kunden nicht autorisierte Zahlungsvorgänge auf der Nutzung eines verlorenen oder gestohlenen Zahlungsinstruments oder auf der missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsinstruments, so ist der Kunde dem Kreditinstitut zum Ersatz des gesamten daraus entstandenen Schadens verpflichtet, wenn der Kunde den Schaden

- in betrügerischer Absicht oder
- durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung der ihm im Zusammenhang mit der sorgfältigen Verwahrung und Verwendung von Zahlungsinstrumenten treffenden Sorgfaltspflichten gemäß Punkt 3.

herbeigeführt hat.

4.1.2. Hat der Kunde, die Sorgfaltspflichten gemäß Punkt 3. nur leicht fahrlässig verletzt, so ist die Haftung des Kunden für den Schaden auf den Betrag von 50 Euro beschränkt.

4.1.3. Der Kunde haftet nicht

- wenn der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments für ihn nicht bemerkbar war oder der Verlust des Zahlungsinstruments durch dem Kreditinstitut zuzurechnende Handlungen oder Unterlassungen verursacht wurde.
- für Zahlungsvorgänge, die nach seinem Auftrag an das Kreditinstitut ein bestimmtes Zahlungsinstrument zu sperren, mittels des betreffenden Zahlungsinstruments veranlasst werden; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.
- für Zahlungsvorgänge, bei welchen die Anzeige des Verlusts, Diebstahls oder der missbräuchlichen Verwendung des Zahlungsinstruments aus von dem Kreditinstitut zu vertretenden Gründen für den Kunden nicht möglich gewesen ist; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.

- für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge, bei welchen das Kreditinstitut keine starke Kundenauthentifizierung verlangt hat; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.

4.1.4. Wenn der Kunde den Schaden weder in betrügerischer Absicht noch durch vorsätzliche Verletzung einer Sorgfaltspflicht gemäß Punkt 3. herbeigeführt hat, sind bei einer allfälligen Schadensteilung zwischen dem Kunden und dem Kreditinstitut insbesondere die Art der personalisierten Sicherheitsmerkmale sowie die besonderen Umstände, unter denen der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments stattgefunden hat, zu berücksichtigen.

4.1.5. Für Unternehmer finden die Punkte 4.1.1. bis 4.1.4. keine Anwendung. Unternehmer haften bei Schäden aus Zahlungsvorgängen im Rahmen der Nutzung von „George“, die dem Kreditinstitut aus der Verletzung der in Punkt 3. festgelegten Sorgfaltspflichten durch den Unternehmer entstehen, bei jeder Art des Verschuldens betraglich unbegrenzt.

4.2. Sonstige Haftung des Kunden im Rahmen der Nutzung von „George“ (soweit es sich nicht um die Haftung für Zahlungsvorgänge (Punkt 4.1) handelt).

Sofern der Kunde seine personalisierten Sicherheitsmerkmale einem Dritten überlässt oder sofern ein unberechtigter Dritter infolge einer Verletzung der Sorgfaltspflichten gemäß Punkt 3. des Kunden Kenntnis von den personalisierten Sicherheitsmerkmalen erlangt, trägt der Kunde bis zur Wirksamkeit der Sperre (siehe Punkt 3) die Folgen und Nachteile infolge eines Verlusts, Diebstahls oder einer missbräuchlichen Verwendung des Zahlungsinstruments. Ein allfälliges Mitverschulden des Kreditinstituts ist haftungsmindernd zu berücksichtigen. Ab der Wirksamkeit einer Sperre haftet der Kunde nicht. Punkt 4.2. gilt für Verbraucher und Unternehmer gleichermaßen.

4.3. Für allfällige Schäden, die im Zusammenhang mit der Hard- oder Software des Kunden oder durch das Nichtzustandekommen des Verbindungsaufbaus mit dem Rechenzentrum des Kreditinstituts entstehen können, haftet das Kreditinstitut nur, sofern es diese Schäden schuldhaft verursacht hat.

4.4. Das Kreditinstitut haftet nicht für die Funktionsfähigkeit und Inhalte von fremden Websites (z. B. Google-Maps), auf die der Kunde im Rahmen von „George“ weitergeleitet wird. Ferner stellt das Kreditinstitut klar, dass Inhalte und Meinungen, die auf fremden Websites enthalten sind, nicht zwingend die Meinungen des Kreditinstituts und dessen Mitarbeiter widerspiegeln.

5. Widerruf/Kündigung

5.1. Der Kunde kann gegenüber dem Kreditinstitut jederzeit schriftlich die weitere Inanspruchnahme der Leistungen dieser Vereinbarung mit sofortiger Wirkung kündigen.

5.2. Das Kreditinstitut kann das „George“-Nutzungs-Abonnement und/oder die Nutzungsmöglichkeit allfälliger (ausgewählter) Plug-ins jederzeit ohne Angabe der Kündigungsgründe unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 2 Monaten aufkündigen.

Das Kreditinstitut ist verpflichtet, in der Kündigung anzugeben, wann das George-Nutzungs-Abonnement und/oder die Nutzungsmöglichkeit allfälliger Plug-ins endet und welches Entgelt für allfällige Plug-ins bis zur Wirksamkeit der Kündigung anfällt.

Erfolgt die Kündigung von „George“ durch das Kreditinstitut, wird die Kündigung entweder an die letzte dem Kreditinstitut vom Kunden bekannte E-Mail-Adresse gesendet und/oder in die elektronische Ablage hinterlegt, wobei im zweiten Fall der Kunde zusätzlich über den Eintrag in seinen Posteingang mittels einer gesonderten E-Mail verständigt wird.

Der Kunde hat ein gegebenenfals für den Zeitraum, in welchem das Abonnement von „George“ bzw. der Plug-ins aufrecht war, anfallendes Entgelt zu tragen.

5.3. Die Nutzung von Plug-ins ist vom Bestehen eines aufrechten „George“-Nutzungs-Abonnements abhängig. Endet das „George“-Nutzungsabonnement, enden Abonnements für Plug-ins mit dem Datum des Endes des „George“-Nutzungs-Abonnements automatisch, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Plug-ins können sowohl vom Kunden als auch vom Kreditinstitut gesondert gekündigt werden; diesbezüglich gilt die Bestimmung des Punktes 5.2. zur Kündigung bzw. zum Entgelt sinngemäß.

6. Änderung der Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George“

Änderungen der „Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George““ werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens unter Hinweis auf die betroffenen Bestimmungen angeboten. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot hinweisen.

Die Mitteilung kann mittels Brief, postalischer Zusendung eines Kontoauszuges oder – sofern der Kunde damit einverstanden ist – auf elektronische Weise erfolgen. Außerdem wird das Kreditinstitut eine Gegenüberstellung über die von der Änderung der „Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George““ betroffenen Bestimmungen sowie die vollständige Fassung der neuen „Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George““ auf seiner Internetseite veröffentlichen und die Gegenüberstellung dem Kunden auf sein Verlangen zur Verfügung stellen. Auch darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.

Im Falle einer solchen beabsichtigten Änderung der „Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George““ hat der Kunde, der Verbraucher ist, das Recht, seine Rahmenverträge für Zahlungsdienste (insbesondere den Girokontovertrag) kostenlos fristlos zu kündigen. Darauf wird das Kreditinstitut im

Änderungsangebot hinweisen. Die vorstehenden Absätze finden auf die Änderung der Leistungen des Kreditinstitutes (einschließlich Habenzinsen) und Entgelte des Kunden (einschließlich Sollzinsen) keine Anwendung.

Besondere Bestimmungen

7. Leistungsumfang

7.1. Die Leistungen von „George“ umfassen im Wesentlichen folgende Bereiche – alle Details kann der Kunde den Informationen auf der Homepage des Kreditinstitutes entnehmen.

- Durchführung von Zahlungsvorgängen (Überweisungen, Lastschriften)
- Finanz-, Konto- und Transaktionsübersicht
- Online Abschluss von Produkten
- Debit- und Kreditkarten
- Sparen
- Finanzierungen
- Leasing, Versicherungen, Bausparen
- Wertpapierservice
- Elektronische Ablage
- Einstellungen
- Plug-ins
- George App
- Kommunikation
- Service

8. Durchführung von Überweisungen

Die Durchführung von Überweisungen erfolgt unverzüglich, jedenfalls taggleich, sofern die Datenbestände bis zu den vom Kreditinstitut festgelegten Cut-Off-Zeiten zur Bearbeitung vorliegen. Anderenfalls kann die Durchführung der Überweisungsaufträge am nächsten Geschäftstag erfolgen, der dem Tag der Datenübertragung durch den Auftraggeber folgt. Die Durchführung von „Echtzeit-Überweisungen“ erfolgt jedenfalls unverzüglich, wobei die Cut-Off-Zeiten nicht zur Anwendung gelangen und es auch nicht darauf ankommt, ob der Auftrag an einem Geschäftstag erteilt wird. Für das Einlangen aller Aufträge sind Datum und Uhrzeit der im Kreditinstitut installierten EDV-Ausstattung maßgeblich.

9. Nutzungszeiten

Der Kunde kann „George“ von Montag bis Sonntag zwischen 0.00 und 24.00 Uhr verwenden. Aufgrund von Wartungsarbeiten ist es möglich, dass der Zugang zu „George“ eingeschränkt ist.

10. Nutzung des George Wertpapierservice

10.1. Nutzungsrecht von Wertpapierinformationen

Der Kunde ist verpflichtet, Marktdateninformationen aus diesem Service nur für eigene Zwecke zu nutzen und versichert, mit den von ihm bezogenen

Informationen weder zu handeln, noch sie gewerbsmäßig weiterzuverarbeiten und dies auch Dritten nicht zu gestatten.

Der Kunde ist nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Kreditinstitutes Wertpapier Marktdateninformationen aus George insgesamt oder einzelne Informationen daraus an Dritte weiterzugeben oder Dritten zur Nutzung zu überlassen oder sie in sonstiger Weise zu verbreiten oder zu veröffentlichen. Der Kunde erkennt an, dass Informationen, die das Kreditinstitut von Fremdanbietern bezieht, oder die von einem Fremdeingebener in das Informationssystem eingegeben werden und vom Kreditinstitut als solche gekennzeichnet sind, dem Kreditinstitut nicht zurechenbar sind und vom Kreditinstitut auf Grund der Datenmenge auch nicht überprüft werden können. Sollte das Kreditinstitut dennoch Kenntnis von der Unrichtigkeit eines zur Verfügung gestellten Inhaltes erhalten, verpflichtet sich das Kreditinstitut diesen Inhalt unverzüglich richtig stellen zu lassen oder die Entfernung zu veranlassen.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass Fremdanbietern an Teilen des Service Schutzrechte zustehen können. Der Kunde verpflichtet sich, im George und George Marktdatenportal enthaltene Urheberrechtsvermerke und andere Hinweise auf derartige Rechte weder zu entfernen noch unkenntlich zu machen und die Vorschriften der Fremdanbieter für die Verwendung der Informationen einzuhalten.

10.2. Durchführung von Wertpapieraufträgen

10.2.1. Erteilung von Aufträgen mittels George

Das Kreditinstitut ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Aufträge durchzuführen, wenn und insoweit sich keine Deckung auf dem/den Verrechnungskonto/-konten findet. Das Kreditinstitut ist bemüht, die Aufträge unverzüglich durchzuführen.

Das Kreditinstitut ist aus objektiven Gründen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Auftragserteilung berechtigt, bei mittels Internet bzw. Telekommunikation erteilten Aufträgen vor Ausführung eine Auftragsbestätigung einzuholen bzw. Aufträge abzulehnen. Verkaufsaufträge beziehen sich mangels anderer Weisung auf die zuerst erworbenen Werte. Für das Einlangen aller Aufträge sind Datum und Uhrzeit der im Kreditinstitut installierten EDV Ausstattung maßgeblich. Für den Fall, dass die Erteilung eines Wertpapierauftrages mittels „George“ aufgrund einer Störung nicht möglich ist, ist der Kunde, wenn er eine Telefonvereinbarung mit dem Kreditinstitut abgeschlossen hat, verpflichtet zur Schadensminderung den Auftrag umgehend telefonisch beim zuständigen Betreuer zu erteilen. Nach Identitätsfeststellung des Kunden wird das Kreditinstitut solche Aufträge als verbindlichen Auftrag des Verfügungsberechtigten des genannten Depots ansehen. Sollten beim Kreditinstitut solche Aufträge bei anderen Stellen einlangen, ist das Kreditinstitut berechtigt aber nicht verpflichtet, die betreffenden Transaktionen entgegenzunehmen und durchzuführen. Das Kreditinstitut übernimmt in diesem Fall keine Gewähr für die fristgerechte bzw. unverzügliche Bearbeitung. Außerhalb der Filialöffnungszeiten ist der Kunde verpflichtet, den Helpdesk zu kontaktieren (+43 (0) 5 0100 + Bankleitzahl des Kreditinstitutes).

10.2.2. Weiterleitung von Aufträgen

Das Kreditinstitut leitet in George erteilte Aufträge in der Zeit von Montag bis Freitag 07.30 Uhr bis 22.00 Uhr weiter. Aufträge die uns außerhalb dieses Zeitraums oder an handelsfreien Tagen des gewählten Marktplatzes erreichen, werden vorgemerkt und mit Beginn des nächsten Handelstages bzw. der Erreichbarkeit unseres Handelspartners weitergeleitet. Der Kunde ist damit einverstanden, dass der Auftrag zum aktuellen An- oder Verkaufskurs der von ihm selbst gewählten Börse bzw. in einem anerkannten alternativen Handelssystem durchgeführt wird. Der Kunde muss sich selbständig über die verschiedenen Handelszeiten und Usancen der einzelnen Marktplätze informieren.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Durchführung von In-sich-Geschäften (Crossings) und Leerverkäufen (Short Selling) gegen gesetzliche Vorschriften verstößt und verpflichtet sich diese zu unterlassen. Unter Leerverkauf versteht man den Verkauf eines Wertpapiers, von dem der Verkäufer zum Verkaufszeitpunkt noch nicht Eigentümer ist. Der Verkäufer profitiert von dem Leerverkauf, wenn das verkaufte Wertpapier im Preis sinkt, da das Wertpapier hier erst in der Zukunft geliefert werden muss. Ausgenommen vom Verbot sind gedeckte Leerverkäufe (dieses liegt ein Leihgeschäft zugrunde), die zur Absicherung bereits bestehender Positionen dienen. Bei In-sich-Geschäften besteht eine Identität zwischen Käufer und Verkäufer. Es wird ein marktgerechtes Geschäft vorgetäuscht, um den Kurs einer Aktie nach oben oder nach unten zu manipulieren. Eine solche Kursmanipulation verstößt gegen die Handelsusancen und kann von den jeweiligen Aufsichtsbehörden verfolgt werden.

10.2.3. Abrechnung von Aufträgen

Bis 18.00 Uhr ausgeführte Aufträge in Euro werden an österreichischen Bankwerktagen durch das Kreditinstitut taggleich abgerechnet. Für die Abrechnung von ausgeführten Aufträgen, bei denen eine Fremdwährungskonvertierung stattfindet, werden die regelmäßig angepassten Geld- bzw. Briefkurse herangezogen. Die aktuellen Marktentwicklungen sind unter „www.produkte.erstegroup.com > Märkte & Trends > Währungen“ einsehbar. Sondervereinbarungen betreffend Kursspannen bleiben aufrecht (Spannen von Geld- und Briefkursen, die Spesen für Auslandszahlungsverkehr entnehmen Sie dem Konditionenauflage). Alle Aufträge, deren Ausführung nach 22.00 Uhr erfolgt, gelangen mit der ersten Devisenkursstellung spätestens am nächsten Werktag zur Abrechnung.

eps-Überweisung

11. Leistungsumfang

Für die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen im Internet bietet die eps-Überweisung die Möglichkeit, die Zahlung in Form eines Überweisungsauftrages direkt im Internet abzuwickeln. Die Daten des Händlers werden dabei direkt in das Zahlungsinstrument eps-Überweisung übernommen. Eine eps-Überweisung ist

auch bei Händlern möglich, die zu einem mit eps interoperablen Zahlungssystem gehören.

12. Ausschluss des Widerrufs

Die sofortige Bezahlung von im Internet gekauften Waren und Dienstleistungen mittels der eps Überweisung ist für den Händler eine garantierte Zahlung und damit vom Auftraggeber nicht mehr widerrufbar, wenn der Zahlungsauftrag beim Kreditinstitut eingegangen ist.

Eine eps-Überweisung mit einem zukünftigen Durchführungstermin kann der Kunde nach dem Ende des Geschäftstages vor dem vereinbarten Termin nicht mehr widerrufen.

13. Reines Zahlungsinstrument

Die eps-Überweisung ist ein reines Zahlungsinstrument. Gegenüber dem Kreditinstitut sind daher Einwendungen aus dem Grundgeschäft nicht zulässig.

e-Identifikation

14. Leistungsumfang

Für die Identifikation bzw. Altersverifikation von natürlichen Personen (Kunden) im Internet bietet e-Identifikation die Möglichkeit des Abgleichs von Identitätsdaten mit seinen bei der Bank gespeicherten Kundendaten (Vorname, Nachname, Geburtsdatum oder Alter, Titel, Adresse, IBAN) bzw. der Übermittlung dieser Kundendaten an anfragende Händler. In jedem Fall muss der Kunde der Datenweitergabe zuvor mittels der vereinbarten Freigabemethode zustimmen.

Nach Zustimmung des Kunden wird das Ergebnis des Datenabgleichs bzw. werden die angeforderten Datenelemente an den Händler übermittelt. Im Fall des Datenabgleichs wird lediglich das Ergebnis der Verifikation (ok oder not-ok) an den Händler übermittelt.

Allgemeine Informationen zu Zahlungsdienstleistungen für Verbraucher

Kundeninformation

Stand Jänner 2022

Mit dieser Informationsbroschüre möchten wir unsere Kunden (welche Verbraucher gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 Konsumentenschutzgesetz sind) über die wesentlichen Sachverhalte im Zusammenhang mit den Zahlungsdienstleistungen der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG (im Folgenden kurz Kreditinstitut) informieren. Diese Informationen können keinesfalls die erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen ersetzen.

I. Die Erste Bank Oesterreich

1. Bankdaten

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
(Erste Bank Oesterreich), Am Belvedere 1, 1100 Wien

24h Service
Tel.: +43 (0)5 0100 - 20111
E-Mail: 24hservice@s-servicecenter.at
Zentrale Vermittlung
Tel.: +43 (0)5 0100 - 10100
Fax: +43 (0)5 0100 9 - 10100
E-Mail: service@s-servicecenter.at

Zulassung:
Firmensitz Wien, 286283f
Handelsgericht Wien
UID: ATU 63358299
Swift Code/BIC: GIBAATWWXXX
Bankleitzahl: 20111

Konzession:
konzessioniertes Kreditinstitut gem. § 1 (1)
Bankwesengesetz

Zuständige Aufsichtsbehörde:
Finanzmarktaufsicht (Bereich Bankenaufsicht)
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 5
<http://www.fma.gv.at>

Kammer/Berufsverband:
Wirtschaftskammer Österreich (Sektion Banken)
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63
<http://www.wko.at>

2. Konzession

Dem Kreditinstitut wurde von der österreichischen Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, 1090 Wien, eine Konzession zur Erbringung von Bankdienstleistungen erteilt, die das Kreditinstitut auch zu Zahlungsdienstleistungen für ihre Kunden berechtigt.

3. Rechtsvorschriften

Anwendbare Rechtsvorschriften sind insbesondere das Zahlungsdienstgesetz (ZaDiG), das

Bankwesengesetz (BWG), das Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG), das Verbraucherzahlungskontogesetz (VZKG) und das Sparkassengesetz (SpG) in der jeweils geltenden Fassung (<http://www.ris.bka.gv.at>).

II. Rahmenverträge für Zahlungsdienstleistungen und Kosten

1. Allgemeine Informationen

Zusammen mit diesen „Allgemeinen Informationen zu Zahlungsdienstleistungen“ erhält der Kunde vor dem Abschluss eines Rahmenvertrages (insbesondere des Girokontovertrages) den Text des Vertrages und der damit zu vereinbarenden Geschäftsbedingungen, insbesondere die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Kartenbedingungen, die Entgeltinformation, das Glossar und die Bedingungen für die Nutzung von Internetbanking „George“ (nachstehend zusammengefasst als die „Bedingungen“), die er bei Interesse an Zahlungsdienstleistungen des Kreditinstitutes mit dieser zu vereinbaren hat. Die Bedingungen sind – sofern zwischen Kreditinstitut und Kunden vereinbart – Teil der Rahmenverträge.

Der Kunde kann jederzeit während der Vertragslaufzeit der Rahmenverträge ein weiteres Mal die kostenlose Vorlage dieser „Allgemeinen Informationen zu Zahlungsdienstleistungen“ und der Bedingungen in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger verlangen.

2. Änderungen von Rahmenverträgen und von in Rahmenverträgen vereinbarten Bedingungen

Das Kreditinstitut wird dem Kunden einen Vorschlag über Änderungen des Rahmenvertrages, der Bedingungen oder der zu einzelnen Zahlungsdienstleistungen getroffenen Vereinbarungen spätestens zwei Monate vor dem geplanten Zeitpunkt ihrer Anwendung mitteilen.

Der Kunde hat die Möglichkeit, der mitgeteilten Änderung bis zum geplanten Zeitpunkt ihrer Anwendung zu widersprechen. Darauf und auf das Recht des Kunden, den Vertrag vor dem Inkrafttreten der Änderungen kostenlos fristlos zu kündigen, wird das Kreditinstitut den Kunden anlässlich der Änderungsmitteilung

hinweisen. Außerdem wird das Kreditinstitut eine Gegenüberstellung über die von der Änderung betroffenen Bestimmungen sowie die vollständige Fassung der neuen Bedingungen auf ihrer Internetseite veröffentlichen und die Gegenüberstellung dem Kunden auf sein Verlangen zur Verfügung stellen.

3. Laufzeit und Kündigung

Rahmenverträge für Zahlungsdienstleistungen und die zu einzelnen Zahlungsdienstleistungen erforderlichen Vereinbarungen werden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Kunde kann die Rahmenverträge und die Vereinbarungen zu Zahlungsdienstleistungen jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

Das Kreditinstitut muss bei einer ordentlichen Kündigung ihrerseits eine Kündigungsfrist von 2 Monaten beachten. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist sowohl dem Kunden als auch dem Kreditinstitut eine Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Teile jederzeit mit sofortiger Wirkung möglich.

4. Entgelte und Kosten

Aus der Entgeltinformation, die dem Kunden vor dem Abschluss eines Rahmenvertrages (insbesondere des Girokontovertrages) ausgehändigt wird, sind die Entgelte für die repräsentativsten vom Kreditinstitut angebotenen Zahlungsdienste ersichtlich.

Aus dem Konditionenaushang, der dem Kunden zusammen mit diesen „Allgemeinen Informationen zu Zahlungsdienstleistungen“ ausgehändigt wird und der auch Teil des Rahmenvertrages (insbesondere des Girokontovertrages) ist, sind die für Kontoführung und Zahlungsdienstleistungen von dem Kreditinstitut in Rechnung gestellten vereinbarten Entgelte ersichtlich. Der Konditionenaushang enthält auch die Entgelte für die Mitteilung über die Ablehnung eines Zahlungsauftrags, für die Beachtung eines Widerrufs und für die Bemühungen um die Wiederbeschaffung eines wegen fehlerhafter Kundenidentifikatoren fehlgeleiteten Überweisungsbetrags.

Das Kreditinstitut kann Entgelte 1 x jährlich in der Höhe der Entwicklung des Verbraucherpreisindex ändern, sofern der Kunde dieser Änderung zustimmt. Davon ausgenommen sind Entgelte, die als Prozentsätze ausgewiesen sind oder kurswertbasiert berechnet werden.

Das Kreditinstitut wird dem Kunden bei Zahlungskonten vierteljährlich sowie bei der Beendigung des Rahmenvertrages für Zahlungsdienste eine Entgeltaufstellung (Entgelte, Soll- und Habenzinsen) im Kreditinstitut in Papierform zur Verfügung halten.

5. Fremdwährungstransaktionen

Ist es im Rahmen einer von dem Kreditinstitut zu erbringenden Zahlungsdienstleistung erforderlich, Beträge in fremder Währung zu kaufen oder zu verkaufen, erfolgt der Kauf oder Verkauf durch das Kreditinstitut anhand des im Zeitpunkt der Auftragsdurchführung aktuellen marktkonformen Devisenkurses, den

das Kreditinstitut seinen Kunden allgemein in Rechnung stellt. Die mit diesem Vorgang anfallenden weiteren Entgelte des Kreditinstitutes sind dem Konditionenaushang zu entnehmen.

6. Zinsen

Die im Rahmenvertrag für Guthaben und Debetsalden des Girokontos vereinbarten Zinssätze sind dem Konditionenaushang zu entnehmen. Bindet eine Anpassungsklausel einen Zinssatz an einen Referenzzinssatz (wie z. B. den EURIBOR), so werden Änderungen unmittelbar ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden wirksam. Der Kunde wird über wirksam gewordene Änderungen des Zinssatzes spätestens im folgenden Kalenderquartal informiert.

III. Kommunikation mit dem Kreditinstitut

1. Sprache

Soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart, bedient sich das Kreditinstitut beim Abschluss von Verträgen und im Verkehr mit seinen Kunden im Zusammenhang mit Zahlungsdienstleistungen der deutschen Sprache.

2. Kommunikationsmöglichkeiten

Allgemein stehen dem Kunden neben dem persönlichen Gespräch während der Öffnungszeiten der Filialen bzw. nach vorheriger Vereinbarung auch außerhalb dieser Öffnungszeiten die vorstehend im Punkt Bankdaten genannten Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit dem Kreditinstitut offen.

3. Rechtsverbindliche Erklärungen und Mitteilungen

Die mittels Telekommunikation gemachten Mitteilungen und Erklärungen des Kreditinstitutes gelten - sofern keine abweichenden schriftlichen Vereinbarungen getroffen wurden oder Usancen der Kreditinstitute bestehen - vorbehaltlich schriftlicher Bestätigung. Dies gilt nicht gegenüber Verbrauchern.

Erklärungen und Informationen, die das Kreditinstitut dem Kunden mitzuteilen oder zugänglich zu machen hat, erhält der Kunde auf Papier (insbesondere mittels Kontoauszug), sofern mit dem Kunden nicht die Abrufbarkeit oder Übermittlung auf elektronischem Weg vereinbart wurde.

Für die Autorisierung von Zahlungsaufträgen sowie für Anzeigen und Informationen im Zusammenhang mit Zahlungsaufträgen wird die für die jeweilige Zahlungsdienstleistung vereinbarte Form der Kommunikation verwendet. Dafür kommen neben der schriftlichen Kommunikation insbesondere in Betracht:

- Internetbanking unter Verwendung der dazu vereinbarten persönlichen Identifikationsmerkmale (insbesondere Verfügernummer, Passwort, Code, TAC, TAN, s Identity)
- sonstige elektronische Datenübermittlung unter Beachtung der dafür vereinbarten Sicherheitsvorkehrungen

IV. Dienstleistungen des Kreditinstitutes im Zahlungsverkehr

1. Angebotene Dienstleistungen allgemein

Im Bereich des Zahlungsverkehrs bietet das Kreditinstitut folgende Dienstleistungen an:

- 1.a.** Dienste, mit denen Bargeldeinzahlungen auf ein Zahlungskonto oder Bargeldbehebungen von einem Zahlungskonto ermöglicht werden, sowie alle für die Führung eines Zahlungskontos erforderlichen Vorgänge (**Ein- und Auszahlungsgeschäft**);
- 1.b.** Die Ausführung von Zahlungsvorgängen einschließlich des Transfers von Geldbeträgen auf ein Zahlungskonto beim Kreditinstitut des Nutzers oder bei einem anderen Kreditinstitut:
- Ausführung von Lastschriften - einmalig oder wiederkehrend (**Lastschriftgeschäft**)
 - Ausführung von Zahlungsvorgängen mittels einer Zahlungskarte oder eines ähnlichen Instruments (**Zahlungskartengeschäft**)
 - Ausführung von Überweisungen einschließlich Daueraufträgen (**Überweisungsgeschäft**)

2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale der oben angeführten Zahlungsdienste

2.a. Führung von Zahlungskonten („Girokonten“) und Ein- und Auszahlungsgeschäft

Zahlungskonten sind Konten, die dem Zahlungsverkehr und nicht der Anlage dienen. Bei Eröffnung eines **Zahlungskontos** hat der künftige Kontoinhaber seine Identität nachzuweisen. Zahlungskonten werden unter dem Namen oder der Firma des Kontoinhabers und einer Nummer geführt. Diejenigen Personen, die über ein Zahlungskonto verfügungsberechtigt bzw. zeichnungsberechtigt sein sollen, haben bei dem Kreditinstitut ihre Unterschrift zu hinterlegen. Das Kreditinstitut wird schriftliche Dispositionen im Rahmen der Kontoverbindung mit dem Kunden aufgrund der hinterlegten Unterschriften zulassen.

Zur Verfügung über das Zahlungskonto ist lediglich der Kontoinhaber berechtigt. Zu seiner Vertretung sind nur jene Personen befugt, deren Vertretungsberechtigung sich aus dem Gesetz ergibt oder denen ausdrücklich und schriftlich eine Vollmacht zur Verfügung über dieses Zahlungskonto erteilt wurde; sie haben ihre Identität und Vertretungsberechtigung nachzuweisen.

Der Kontoinhaber kann anderen Personen ausdrücklich und schriftlich eine Zeichnungsberechtigung erteilen. Der Zeichnungsberechtigte ist ausschließlich zur Vornahme und zum Widerruf von Dispositionen über die Kontoforderung befugt.

Bei einer **Bargeldeinzahlung** auf ein Zahlungskonto ist eine Legitimierung des Einzahlers ab einem Einzahlungsbetrag von EUR 1.000,- vorgesehen. Eine **Bargeldbehebung** von einem Zahlungskonto ist durch eine berechtigte Person (Kontoinhaber, Zeichnungsberechtigter, Bevollmächtigter usw.) nach

entsprechender Legitimierung bzw. Feststellung der Berechtigung möglich.

2.b. Ausführung von Zahlungsvorgängen

2.b.i. Lastschriftgeschäft

Bei einer Lastschrift erteilt der Kunde gegenüber dem Zahlungsempfänger, dessen Kreditinstitut oder seinem eigenen Kreditinstitut die Zustimmung, welche den Zahlungsempfänger berechtigt, in weiterer Folge das Zahlungskonto des Kunden zu belasten.

Es gibt folgende Verfahren für die Durchführung von Lastschriften:

- SEPA-Lastschrift
- SEPA-Firmenlastschrift (B2B)

Im SEPA-Lastschriftverfahren erteilt der Zahlungspflichtige dem Zahlungsempfänger einen direkten Auftrag (SEPA-Mandat) zur Durchführung der Einzüge. Das Kreditinstitut als kontoführende Bank des Zahlungspflichtigen wird in diesem Verfahren nicht involviert und führt hier ausschließlich die Buchung durch.

Im SEPA Firmenlastschriftverfahren (B2B) erteilt der Zahlungspflichtige, der kein Verbraucher sein darf, dem Kreditinstitut als kontoführender Bank die Genehmigung, Einzüge von Zahlungsempfängern, bei denen er SEPA B2B-Mandate unterschrieben hat, zuzulassen.

2.b.ii. Ausführung von Zahlungsvorgängen mittels einer Debitkarte, einer Kreditkarte oder Internetbanking

a. Debitkarte

Mittels einer Debitkarte (im Folgenden auch Bezugskarte genannt) ist es dem Kunden möglich, nach Eingabe des persönlichen Codes – auch PIN (Persönliche Identifizierungsnummer) genannt – das Karten-Service zu nutzen. Das Karten-Service ist ein weltweit verbreitetes Bargeldbezugssystem und bargeldloses Zahlungssystem, welches mittels Verwendung der Debitkarte Bargeldbehebungen und/oder bargeldlose Zahlungen an gekennzeichneten Akzeptanzstellen ermöglicht. Bei Kleinstbetragszahlungen besteht an speziell gekennzeichneten Zahlungsterminals auch ohne Einstecken der Bezugskarte und ohne Eingabe des persönlichen Codes die Möglichkeit das Karten-Service zu nutzen.

Der Karteninhaber ist insbesondere berechtigt,

- an Geldausgabeautomaten im In- und Ausland mit der Bezugskarte und dem persönlichen Code Bargeld bis zum vereinbarten Limit zu beziehen;
- an Geldeinzahlungsautomaten im Inland mit der Bezugskarte und dem persönlichen Code Bargeld auf eigene oder fremde Konten bzw. Sparbücher einzubezahlen und Überweisungen von dem/n Konto/en, welchem/n die Bezugskarte zugeordnet ist, auf eigene oder fremde Konten bzw. Sparbücher durchzuführen;
- an Kassen („POS-Kassen“), die mit dem auf der Bezugskarte angeführten Symbol gekennzeichnet sind, mit der Bezugskarte und dem persönlichen

Code Lieferungen und Leistungen von Handels- und Dienstleistungsunternehmen im In- und Ausland bis zum vereinbarten Limit bargeldlos zu bezahlen. Im Ausland kann anstelle der Eingabe des persönlichen Codes die Unterschriftsleistung erforderlich sein;

- an POS-Kassen, die mit dem auf der Bezugskarte angeführten „Kontaktlos“ Symbol gekennzeichnet sind, mit der Bezugskarte ohne Einstecken der Bezugskarte, ohne Unterschriftsleistung und ohne Eingabe des persönlichen Codes, durch bloßes Hinhalten der Bezugskarte zur POS-Kasse Lieferungen und Leistungen von Vertragsunternehmen im In- und Ausland bis zum Betrag von EUR 50,-- pro Einzeltransaktion, kontaktlos und bargeldlos zu bezahlen. Aus Sicherheitsgründen ist die Summe der Beträge, die mit direkt aufeinander folgenden Kleinbetragszahlungen ohne Eingabe des persönlichen Codes bezahlt werden können, auf insgesamt EUR 150,-- beschränkt. Nach Erreichen dieser Beschränkung muss der Karteninhaber eine Zahlung oder Bargeldbehebung mit persönlichem Code durchführen, um weitere Kleinbetragszahlungen freizuschalten.
- Lieferungen und Leistungen von Vertragsunternehmen, die diese im Internet anbieten, bargeldlos zu bezahlen. Der Zahlungsvorgang wird durch den Karteninhaber durch Eingabe der 16-stelligen Kartennummer, dem Kartenablaufdatum und der 3-stelligen Prüfziffer angewiesen. Aus Sicherheitsgründen kann zusätzlich eine Autorisierung mittels Mastercard Identity Check erforderlich sein. Voraussetzung ist ein gültiger Zugang zum Internetbanking „George“ mit s Identity oder cardTAN.

Mit der Bezugskarte kann der Karteninhaber gegenüber Dritten nachweisen, ob er eine bestimmte, dem Dritten gegenüber relevante Altersgrenze überschritten hat. Die diesbezügliche Bestätigung des Kreditinstitutes wird anhand der vom Karteninhaber dem Dritten - persönlich oder an technischen Einrichtungen - zu diesem Zweck präsentierten Bezugskarte elektronisch eingeholt.

b. Kreditkarten

Mittels einer Kreditkarte ist der Karteninhaber berechtigt, nach Eingabe des persönlichen Codes – auch PIN (Persönliche Identifizierungsnummer) genannt – oder gegen Abgabe seiner Unterschrift innerhalb des vereinbarten Einkaufsrahmens oder durch kontaktloses Vorbeiziehen der Karte an einem Zahlungsterminal,

- an Kassen, die mit dem auf der Kreditkarte angeführten Symbol gekennzeichnet sind, Lieferungen und Leistungen von Handels- und Dienstleistungsunternehmen (im Folgenden "Vertragsunternehmen") im In- und Ausland bargeldlos zu bezahlen.;
- bei den angeschlossenen Vertragsunternehmen ohne Vorlage der Kreditkarte und ohne Barzahlung deren Leistungen im Rahmen des Fernabsatzes über schriftliche oder telefonische Bestellungen zu beziehen, falls dies das jeweilige Vertragsunternehmen ermöglicht. Dies gilt auch für den Abschluss von Rechtsgeschäften im Internet oder

unter Zuhilfenahme eines mobilen Endgeräts (E-Commerce, M-Commerce);

- bei Geldausgabeautomaten im In- und Ausland mit der Kreditkarte und dem persönlichen Code Bargeld zu beziehen, sofern dies vom jeweiligen Kreditkartensystem unterstützt wird.

c. Internetbanking

Mittels Internetbanking Produkten ist es dem Kunden möglich,

- rechtsgeschäftliche Erklärungen durch Eingabe der persönlichen Identifikationsmerkmale und der gewählten Freigabemethode abzugeben;
- Überweisungen und Lastschriften von Zahlungskonten, bei denen der Kunde Kontoinhaber oder Zeichnungsberechtigter ist, durch Eingabe der persönlichen Identifikationsmerkmale und der gewählten Freigabemethode zu beauftragen;
- Kontoabfragen zu tätigen bzw. Kontoauszüge zu erstellen.

2.b.iii. Überweisungsgeschäft (auch in Form von Daueraufträgen)

Überweisungsaufträge erfolgen in Form einer so genannten SEPA-Überweisung. Die SEPA-Überweisung ist das einheitliche europäische Zahlungsverkehrsprüfung für Inlands- sowie grenzüberschreitende Euro-Überweisungen im gesamten SEPA-Raum (**Single Euro Payments Area**).

Zur Erteilung von Überweisungsaufträgen zu Gunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister innerhalb Österreichs und anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (im Folgenden EWR) geführt wird, hat der Kunde den Empfänger mit dessen IBAN (International Bank Account Number) zu bezeichnen.

Bei Überweisungsaufträgen zu Gunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister außerhalb des EWR geführt wird, hat der Kunde den Empfänger mit der IBAN oder Kontonummer des Empfängers und dem BIC des Zahlungsdienstleisters des Empfängers sowie dem Namen des Empfängers zu bezeichnen.

Die Angaben zu IBAN und BIC bzw. Kontonummer und Name/Bankleitzahl/BIC des Kreditinstitutes des Empfängers stellen den Kundenidentifikator des Empfängers dar, anhand dessen der Überweisungsauftrag ausgeführt wird. Macht der Kunde darüber hinausgehende Angaben zum Empfänger wie insbesondere den Namen des Empfängers (innerhalb des EWR), sind diese nicht Teil des Kundenidentifikators, dienen daher lediglich zu Dokumentationszwecken und bleiben bei Ausführung der Überweisung seitens des Kreditinstitutes unbeachtet.

Der im Überweisungsauftrag angegebene Verwendungszweck ist für das Kreditinstitut in jedem Fall unbeachtlich. Die Übernahme eines Überweisungsauftrages durch das Kreditinstitut begründet allein noch

keinerlei Rechte eines Dritten gegenüber dem Kreditinstitut.

Überweisungsaufträge können vom Kunden schriftlich, mit der Debitkarte nach Eingabe des persönlichen Codes oder im Internetbanking durch Eingabe der persönlichen Identifikationsmerkmale und der gewählten Freigabemethode erteilt werden.

Das Kreditinstitut ist nur dann zur Durchführung eines Überweisungsauftrags verpflichtet, wenn dafür auf dem Konto des Kunden vollständige Deckung (Guthaben, eingeräumter Rahmen) vorhanden ist.

V. Sorgfaltspflichten bei Zahlungsinstrumenten und Sperre von Zahlungsinstrumenten

1. Sorgfaltspflichten des Kunden bei Zahlungsinstrumenten und personalisierten Sicherheitsmerkmalen

1.a. Debitkarte und Kreditkarte

Der Kunde hat nach Erhalt und bei der Nutzung einer Debitkarte oder Kreditkarte als Zahlungsinstrument alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale (insbesondere persönlicher Code) und das Zahlungsinstrument vor unbefugtem Zugriff zu schützen (eine genaue Beschreibung der Zahlungsinstrumente und der personalisierten Sicherheitsmerkmale ist unter Kapitel IV, Punkt 2.b.ii. zu finden).

Der Kunde ist auch im eigenen Interesse verpflichtet, das Zahlungsinstrument sorgfältig zu verwahren. Eine Weitergabe des Zahlungsinstruments an dritte Personen ist nicht zulässig.

Die personalisierten Sicherheitsmerkmale sind geheim zu halten. Diese dürfen nicht auf dem Zahlungsinstrument notiert werden. Die personalisierten Sicherheitsmerkmale dürfen niemandem, insbesondere auch nicht Angehörigen, Mitarbeitern des Kreditinstitutes, anderen Kontoinhabern oder anderen Karteninhabern bekannt gegeben werden. Bei der Verwendung der personalisierten Sicherheitsmerkmale ist darauf zu achten, dass diese nicht von Dritten ausgespäht werden.

1.b. Internetbanking

Der Kunde hat bei der Nutzung des Internetbanking als Zahlungsinstrument alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, die personalisierten Sicherheitsmerkmale (insbesondere Passwort, Code, TAC, TAN, s Identity) vor unbefugtem Zugriff zu schützen.

Vom Kunden beauftragte Zahlungsauslösedienstleister und Kontoinformationsdienstleister gelten nicht als „Unbefugte“ im Sinne dieser Bestimmung.

2. Sperre von Zahlungsinstrumenten

2.c. Sperre durch das Kreditinstitut

Das Kreditinstitut ist berechtigt, Zahlungsinstrumente, die es an den Kunden ausgegeben hat, zu sperren wenn:

a) objektive Gründe im Zusammenhang mit der

Sicherheit des Zahlungsinstrumentes dies rechtfertigen;

b) der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung des Zahlungsinstrumentes besteht; oder

c) im Fall eines Zahlungsinstrumentes mit einer Kreditlinie ein beträchtlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Zahler seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen kann. Ein solches beträchtlich erhöhtes Risiko liegt insbesondere vor, wenn der Kunde seinen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit einer mit dem Zahlungsinstrument verbundenen Kreditlinie (Überschreitung oder Überziehung) nicht nachgekommen ist und

- entweder die Erfüllung dieser Zahlungspflichten auf Grund einer Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten gefährdet ist,
- oder beim Kunden die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist oder diese unmittelbar droht.

Das Kreditinstitut wird den Kunden von einer solchen Sperre und deren Gründen, sowie von der Sperre des Zugriffs durch einen Kontoinformationsdienstleister bzw. Zahlungsauslösedienstleister auf ein Zahlungskonto des Kunden und über die Gründe für diese Sperre in der mit dem Kunden vereinbarten Kommunikationsform möglichst vor, spätestens aber unverzüglich nach der Sperre informieren.

Die Informationspflicht besteht nicht, soweit eine Bekanntgabe der Sperre oder der Gründe für die Sperre eine gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Anordnung verletzen bzw. österreichischen oder gemeinschaftsrechtlichen Rechtsnormen oder objektiven Sicherheitserwägungen zuwiderlaufen würde.

2.d. Sperre durch den Kunden

Den Verlust, Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung des Zahlungsinstrumentes hat der Kunde unverzüglich, sobald er davon Kenntnis hat, der Erste Bank oder der Sparkasse bei der kontoführenden Stelle, über die Sperrhotline oder Internetbanking anzuzeigen.

VI. Autorisierung und Durchführung von Zahlungsaufträgen

1. Autorisierung, Widerruf und Ablehnung von Zahlungsaufträgen

Ein Zahlungsauftrag gilt für das Kreditinstitut nur dann als autorisiert, wenn der Kunde dem jeweiligen Zahlungsvorgang in der mit ihm für diesen Zweck vereinbarten Form und unter Verwendung eines dafür mit ihm vereinbarten Zahlungsinstrumentes zugestimmt hat. Gerichtliche oder behördliche Aufträge können diese Zustimmung ersetzen.

Die Zustimmung kann vom Kunden widerrufen werden, bis

- der Zahlungsauftrag des Kunden bei dem Kreditinstitut eingegangen ist oder
- im Falle einer Vereinbarung eines Ausführungsdatums in der Zukunft vor dem Ende des Geschäftstages, der vor dem vereinbarten Tag liegt.

Der Kunde kann vom Kreditinstitut die Erstattung des seinem Konto aufgrund eines von ihm erteilten SEPA Lastschriftmandates angelasteten Betrags binnen acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung seines Kontos verlangen. Das Kreditinstitut hat diesem Verlangen des Kunden innerhalb von zehn Geschäftstagen nachzukommen und die Belastung seines Kontos mit dem eingezogenen Betrag mit Wertstellung zum Datum der Belastung des Kontos rückgängig zu machen. Bei SEPA-Firmenlastschriften besteht dieses Recht nicht.

War die zulasten des Kontos des Kunden ausgeführte SEPA-Lastschrift bzw. SEPA Firmenlastschrift vom Kunden nicht autorisiert, kann der Kunde, der Verbraucher ist, die Erstattung des belasteten Betrages binnen dreizehn Monaten ab der Belastung und der Kunde, der Unternehmer ist, binnen dreier Monate ab der Belastung verlangen. Die Frist wird jeweils nur ausgelöst, wenn das Kreditinstitut dem Kunden die Information nach Z 38 (9) der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Verfügung gestellt hat.

SEPA-Lastschriften und SEPA-Firmenlastschriften (B2B) können vom Kunden spätestens bis zum Ende des Geschäftstages vor dem vereinbarten Belastungstag widerrufen werden.

Das Kreditinstitut kann die Ausführung eines autorisierten Zahlungsauftrags nur ablehnen, wenn

- dieser nicht alle im Girokontovertrag und den Bedingungen festgelegten Voraussetzungen erfüllt (insbesondere, wenn die erforderlichen Angaben fehlen oder es an der notwendigen Deckung durch Kontoguthaben oder offene Kreditlinie fehlt); oder
- die Ausführung gegen gemeinschaftsrechtliche oder innerstaatliche Regelungen oder gegen eine richterliche oder behördliche Anordnung verstoßen würde; oder
- ein begründeter Verdacht besteht, dass die Ausführung eine strafbare Handlung darstellen würde.

Im Fall der Ablehnung der Ausführung eines Zahlungsauftrages wird das Kreditinstitut den Kunden in der mit dem Kunden vereinbarten Form so rasch wie möglich, jedenfalls aber innerhalb der in Z 39 (3) und (4) der Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannten Fristen, über die Ablehnung informieren.

2. Eingangszeitpunkt von Zahlungsaufträgen

Die nachstehenden Ausführungen finden keine Anwendung auf Echtzeit-Überweisungen (siehe Punkt 3a).

Ein Zahlungsauftrag ist bei dem Kreditinstitut noch am selben Tag eingegangen, wenn der Auftrag bei dem Kreditinstitut an einem Geschäftstag bis zu den aus der nachstehenden Aufstellung/Beilage ersichtlichen Zeitpunkten einlangt. Langt ein Auftrag nicht an einem Geschäftstag oder nach den nachstehend genannten Uhrzeiten ein, so ist dieser erst am nächsten Geschäftstag eingegangen.

Weg der Auftragserteilung	spätester Eingangszeitpunkt
beleghafte Auftragserteilung Zahlungen Inland, EWR, für San Marino, Jersey, Guernsey, Isle of Man, Monaco, Schweiz, Großbritannien und Nordirland, Gibraltar in EURO	Innerhalb der Öffnungszeit der jeweiligen Filiale
elektronische Auftragserteilung (Internetbanking) Zahlungen Inland EWR, für San Marino, Jersey, Guernsey, Isle of Man, Monaco, Schweiz, Großbritannien und Nordirland, Gibraltar in EURO	19.00 Uhr
sonstiger Auslands-Zahlungsverkehr beleghafte Auftragserteilung, Konvertierung in fremde Währung erforderlich	Innerhalb der Öffnungszeit der jeweiligen Filiale
sonstiger Auslands-Zahlungsverkehr beleghafte Auftragserteilung, keine Konvertierung erforderlich	Innerhalb der Öffnungszeit der jeweiligen Filiale
sonstiger Auslands-Zahlungsverkehr elektronische Auftragserteilung (Internetbanking), Konvertierung in fremde Währung erforderlich	11.00 Uhr
sonstiger Auslands-Zahlungsverkehr elektronische Auftragserteilung (Internetbanking), keine Konvertierung erforderlich	14.45 Uhr
elektronische Einreichung von Lastschriften (Internetbanking)	19.00 Uhr

Geschäftstage des Kreditinstitutes sind Montag bis Freitag, ausgenommen Feiertage, der 24. Dezember und der Karfreitag.

3. Durchführung und Dauer von Zahlungsaufträgen

Das Kreditinstitut stellt sicher, dass nach dem Eingangszeitpunkt der Betrag, der Gegenstand des Zahlungsvorganges ist, spätestens am Ende des folgenden Geschäftstages (bei in Papierform ausgelösten Zahlungsvorgängen am Ende des zweitfolgenden Geschäftstages), beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers einlangt.

Dieser Absatz findet auf folgende Zahlungsvorgänge Anwendung:

- Zahlungsvorgänge in Euro innerhalb des EWR,
- Zahlungsvorgänge, bei denen Beträge in Euro auf ein Konto in einem nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EWR-Vertragsstaat transferiert werden und in diesem die Währungsumrechnung durchgeführt wird.

Für Zahlungsvorgänge innerhalb des EWR, die nicht auf Euro, sondern auf eine andere Währung eines EWR-Vertragsstaats lauten, beträgt die Ausführungsfrist maximal 4 Geschäftstage.

Bei Zahlungsaufträgen zugunsten von Empfängerkonten, die bei Kreditinstituten außerhalb des EWR geführt werden, oder bei Zahlungsaufträgen in anderen Währungen als Euro oder einer Währung eines EWR-Vertragsstaats ist das Kreditinstitut verpflichtet, für die raschest mögliche Bearbeitung des Zahlungsauftrags Sorge zu tragen und hierfür – sofern vom Kunden nicht vorgegeben – geeignete weitere Kreditinstitute einzuschalten.

3.a. Echtzeit-Überweisung (SEPA)

3.a.1. Wesentliche Merkmale

Der Kunde kann das Kreditinstitut beauftragen, durch eine Echtzeit-Überweisung einen Geldbetrag in Euro innerhalb des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums

(Single Euro Payments Area, SEPA) an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers rechtzeitig gemäß 3.a.5. zu übermitteln, sofern dieser solche Zahlungen auf der Basis des

„SEPA INSTANT CREDIT TRANSFER (SCT INST)“ Abkommens annimmt und über das vom Kreditinstitut genutzte Zahlungssystem erreichbar ist. Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird dem Kunden die Möglichkeit gegeben, die Überweisung als Echtzeit-Überweisung zu beauftragen.

Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers ist bei Durchführung einer Echtzeit-Überweisung gegenüber dem Zahlungsempfänger verpflichtet, ihm den Zahlungsbetrag innerhalb von maximal 25 Sekunden zur Verfügung zu stellen.

3.a.2. Betragsgrenze

Für Echtzeit-Überweisungen besteht eine Betragsgrenze von EUR 100.000,- je Zahlungsauftrag.

3.a.3. Zugang und Widerruf des Zahlungsauftrags

Das Kreditinstitut unterhält abweichend von Kapitel VI Punkt 2. den für die Ausführung von Echtzeit-Überweisungen erforderlichen Geschäftsbetrieb für die vereinbarten elektronischen Zugangswege (z. B. Internetbanking) ganztägig an allen Kalendertagen eines Jahres. Mit dem Zugang des Zahlungsauftrages beim Kreditinstitut kann der Kunde diesen nicht mehr widerrufen.

3.a.4. Autorisierung, Widerruf und Ablehnung

Im Verhältnis zwischen Kreditinstitut und Kunde kommt Punkt VI.1. zur Anwendung.

3.a.5. Ausführungsfrist

Das Kreditinstitut ist verpflichtet sicherzustellen, dass der Geldbetrag einer Echtzeit-Überweisung nach erfolgreicher Prüfung der Ausführungsvoraussetzungen innerhalb von maximal 25 Sekunden bei dem Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht.

4. Haftung des Kreditinstitutes für nicht erfolgte, fehlerhafte oder verspätete Ausführung von Zahlungsaufträgen

Das Kreditinstitut haftet gegenüber seinen Kunden bei Zahlungsaufträgen in Euro oder der Währung eines EWR-Vertragsstaats zugunsten eines im EWR geführten Empfängerkontos für die ordnungsgemäße und fristgerechte Ausführung des Zahlungsvorgangs bis

zum Eingang des Betrags beim Kreditinstitut des Empfängers.

Ab dem Eingang des Betrags haftet das Kreditinstitut des Zahlungsempfängers diesem gegenüber für die ordnungsgemäße weitere Ausführung des Zahlungsvorgangs.

Wird ein Zahlungsauftrag vom Zahlungsempfänger oder über diesen ausgelöst, haftet dessen Kreditinstitut gegenüber dem Zahlungsempfänger

- für die ordnungsgemäße Übermittlung des Zahlungsauftrags an das Kreditinstitut des Zahlers und
- für die Bearbeitung des Zahlungsvorgangs entsprechend seinen Pflichten betreffend Wertstellung und Verfügbarkeit.

5. Information zu einzelnen Zahlungsvorgängen

Das Kreditinstitut wird dem Kunden unmittelbar nach Durchführung einer Zahlungstransaktion auf dem mit ihm für diesen Zweck vereinbarten Kommunikationsweg nachfolgende Informationen je nach Vereinbarung in der Filiale zur Abholung oder zum Abruf über das Internetbanking oder den Kontoauszugsdrucker bereithalten oder per Post zusenden:

- eine Referenz, die die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs ermöglicht, sowie gegebenenfalls Angaben zum Zahlungsempfänger
- den gegenständlichen Betrag in der Währung, in der das Zahlungskonto des Kunden belastet wird, oder in der Währung, die im Zahlungsauftrag verwendet wird
- gegebenenfalls den dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegten Wechselkurs
- das Wertstellungsdatum der Belastung oder das Datum des Eingangs des Zahlungsauftrags

Des Weiteren wird das Kreditinstitut auf dem gleichen Weg eine Aufstellung der im Vormonat für die Abwicklung von Zahlungstransaktionen anfallenden Entgelte oder die vom Kunden zu entrichtenden Zinsen dem Kunden auf Anfrage zur Verfügung stellen.

Diese Informationen werden dem Kunden sowohl als Auftraggeber als auch als Zahlungsempfänger zur Verfügung gestellt.

VII. Haftung und Erstattungspflicht im Zusammenhang mit Zahlungsaufträgen

1. Vom Kunden nicht autorisierte Zahlungsvorgänge

1.a. Berichtigung der Kontobelastung

Wurde ein Zahlungsauftrag zulasten eines Kundenkontos ohne Autorisierung durch den Kunden durchgeführt, so wird das Kreditinstitut unverzüglich das belastete Konto des Kunden wieder auf den Stand bringen, auf dem es sich ohne den nicht autorisierten Zahlungsvorgang befunden hätte, d. h. insbesondere die Belastung des Kontos mit dem Betrag des Zahlungsvorgangs mit Wertstellung der Belastung rückgängig machen. Der Kunde hat zur Erwirkung dieser Berichtigung das Kreditinstitut unverzüglich zu unterrichten, sobald er einen von ihm nicht autorisierten Zahlungsvorgang festgestellt hat. Das Recht des

Kunden auf Berichtigung endet spätestens dreizehn Monate nach dem Tag der Belastung. Unabhängig von diesem Berichtigungsanspruch des Kunden sind im Einzelfall auch aufgrund anderer Rechtsgrundlage basierende Ansprüche gegenüber dem Kreditinstitut möglich.

1.b. Haftung des Kunden

Beruhend auf der Nutzung eines verlorenen oder gestohlenen Zahlungsinstruments oder auf der missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsinstruments, so ist der Kunde dem Kreditinstitut zum Ersatz des gesamten daraus entstandenen Schadens verpflichtet, wenn der Kunde den Schaden

- i. in betrügerischer Absicht oder
- ii. durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung der ihn im Zusammenhang mit dem Zahlungsinstrument und den personalisierten Sicherheitsmerkmalen treffenden Pflichten herbeigeführt hat.

Hat der Kunde diese Pflichten nur leicht fahrlässig verletzt, so ist die Haftung des Kunden für den Schaden auf den Betrag von EUR 50,-- beschränkt.

Der Kunde haftet nicht:

- wenn der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments für ihn vor einer Zahlung nicht bemerkbar war oder der Verlust des Zahlungsinstruments durch dem Kreditinstitut zuzurechnende Handlungen oder Unterlassungen verursacht wurde.
- für Zahlungsvorgänge, die nach seinem Auftrag an das Kreditinstitut, ein bestimmtes Zahlungsinstrument zu sperren, mittels des betreffenden Zahlungsinstruments veranlasst werden; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.
- für Zahlungsvorgänge, bei welchen die Anzeige des Verlusts, Diebstahls oder der missbräuchlichen Verwendung des Zahlungsinstruments aus von dem Kreditinstitut zu vertretenden Gründen für den Kunden nicht möglich gewesen ist; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.
- für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge, bei welchen das Kreditinstitut keine starke Kundenauthentifizierung verlangt hat; es sei denn, der Kunde hat in betrügerischer Absicht gehandelt.

Wenn der Kunde den Schaden weder in betrügerischer Absicht noch durch vorsätzliche Verletzung einer Pflicht herbeigeführt hat, sind bei einer allfälligen Schadenteilung zwischen dem Kunden und dem Kreditinstitut insbesondere die Art der personalisierten Sicherheitsmerkmale sowie die besonderen Umstände, unter denen der Verlust, der Diebstahl oder die missbräuchliche Verwendung des Zahlungsinstruments stattgefunden hat, zu berücksichtigen.

2. Erstattung eines autorisierten, durch den Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgangs

Der Kunde kann vom Kreditinstitut die Erstattung des seinem Konto aufgrund eines von ihm erteilten SEPA-

Lastschriftmandates angelasteten Betrags binnen acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung seines Kontos verlangen. Das Kreditinstitut hat diesem Verlangen des Kunden innerhalb von zehn Geschäftstagen nachzukommen und die Belastung seines Kontos mit dem eingezogenen Betrag mit Wertstellung zum Datum der Belastung des Kontos rückgängig zu machen.

Bei SEPA-Firmenlastschriften besteht dieses Recht nicht.

VIII. Beschwerden

Das Kreditinstitut ist stets bemüht, die Kunden hinsichtlich ihrer Anliegen, ihrer Wünsche und Bedürfnisse in allen Belangen des Bankgeschäfts bestmöglich zu betreuen.

Sollte der Kunde dennoch Grund für eine Beschwerde haben, wird das Kreditinstitut dieser Beschwerde umgehend nachgehen. Zu diesem Zweck sollten die Kunden sich entweder an ihren Kundenberater oder – wenn auf diesem Weg keine zufriedenstellende Erledigung erreicht werden kann – an die Geschäftsleitung des Kreditinstitutes/die Ombudsstelle des Kreditinstitutes wenden.

Der Kunde kann sich mit seiner Beschwerde auch an die Gemeinsame Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien wenden. Er kann damit aber auch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, 1090 Wien befragen.

Für die Entscheidung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Kontoführung oder den Zahlungsdienstleistungen sind die ordentlichen Gerichte zuständig, die dabei österreichisches Recht anzuwenden haben. Der allgemeine Gerichtsstand des Kreditinstitutes ist oben bei den Bankdaten angegeben.

Informationen zum Datenschutz

Dieses Dokument enthält Informationen zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten, die in der **Datenschutz-Grundverordnung** (DSGVO) geregelt sind. Zusätzliche Informationen, auch zu gemeinsamen Verantwortlichkeiten, finden Sie auf der Seite Ihres Instituts unter: <https://sparkasse.at/dsgvo>

1. Wer ist für die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten verantwortlich?

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
Am Belvedere 1, 1100 Wien

Kontakt für datenschutzrelevante Anfragen:

Erste Group Bank AG
0196 1905/AT Data Privacy Security Management
Am Belvedere 1, 1100 Wien
DSGVO-Support@erstegroup.com

Am schnellsten erreichen Sie uns über eine s Kontakt-Nachricht in George: Wenn Sie zwischen Themen auswählen können, klicken Sie auf „Datenschutz Grundverordnung / DSGVO“. Sonst schreiben Sie einfach „Datenschutz“ in den Betreff Ihrer Nachricht.

2. Wer ist der Datenschutzbeauftragte?

Gregor König, Erste Group Bank AG, Am Belvedere 1, 1100 Wien, datenschutz@erstegroup.com

3. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet und wie werden sie erhoben?

Welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten, hängt vom Umfang der Geschäftsbeziehung zwischen Ihnen und uns ab.

Hier finden Sie eine Liste mit den möglichen Daten, die wir direkt bei den betroffenen Personen erheben oder aus den erhobenen Daten ableiten. Bitte beachten Sie: Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass wir diese Daten von Ihnen auch konkret verarbeiten:

Personenstammdaten:	Name, Adresse, Geburtsdatum, Geschlecht, Nationalität, Familienstand, etc.
Kontaktdaten:	E-Mail-Adresse, Telefonnummer, etc.
Identifikationsdaten:	Benutzername, IP-Adresse, Bilder, Kundenkurzbezeichnung, Kunden-ID, Verfügernummer, Art und Nummer des Ausweises, Browser-Fingerprint, Identifikationsnummer für Internet-Cookies, Sozialversicherungsnummer, Personalnummer, Urkunden, etc.
Persönliche Informationen:	Arbeitsverhältnis, Ausbildung, Werdegang, Sprache, Kundenbetreuung im Kreditinstitut, etc.
Personenbeziehungen:	Vertretung, Kundenbeziehung, etc.
Marketing & CRM:	Financial Health Indikatoren, persönliche Interessen, Einladungen zu Veranstaltungen, etc.
Verhaltensdaten:	Klick-Verlauf in George bzw. auf unseren Internetseiten, Daten über die Produktnutzung, etc.
Konto-/Produkt-daten:	Debitkarten, Kreditkarten, IBAN, Polizzen, Konditionen, Wertpapier-Depot, Versicherung, etc.
Finanztransaktionen:	Wertpapier-Käufe, Umsätze von Zahlungsverkehrskonten, Gehaltszahlungen, etc.
Risikodaten:	Bonität, Risikoklasse, Risikokalkulationen/Rating, Kredite mit Schuldnerverzug, etc.
Compliance & Recht:	Gerichtsverfahren, Meldungen an Behörden, Betrugsfälle, Warnhinweise, etc.
Geschäftsdokumente:	Verträge, Dienstverträge, Abwicklung und Verwaltung von Wertpapiergeschäften, Pfandurkunden, etc.
IT-Daten:	Log-Dateien, Log-in-Daten, Änderungsdaten und -historie, etc.
Audio- und Bilddaten:	Sprachaufzeichnungen, Videos, Bilder, etc.
Strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten:	strafrechtliche Urteile, Strafanzeigen, Verwaltungs-Strafbescheide, etc.

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten an verschiedenen Stellen und bei verschiedenen Anlässen, wenn Sie

- unsere Filialen besuchen oder Selbstbedienungs-Geräte nutzen
- eines unserer Produkte eröffnen oder nutzen
- unser Online-Angebot nutzen (insbesondere Webseiten, Internetbanking, Apps)
- unsere sonstigen Serviceangebote und Kontaktmöglichkeiten nutzen (z. B. 24h Service, Gewinnspiele, Veranstaltungen)

4. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden meine personenbezogenen Daten verarbeitet?

Wir sind eine Bank nach § 1 (1) Bankwesengesetz und Artikel 4 (1) 1 EU-Kapitaladäquanz-Verordnung. Zusätzlich sind wir auch als Vermittlerin für andere Produkte und Dienstleistungen tätig, z. B. Versicherungen und Bausparverträge. Im Rahmen dieser Tätigkeiten verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten:

Verarbeitung für die Vertragserfüllung und für vorvertragliche Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage erfolgen

Es hängt vom Vertrag ab, welche Leistungen wir für Sie erbringen dürfen, z. B. Kreditvertrag, Kontovertrag, Leasingvertrag, Vermittlung einer Versicherung oder eine George-Vereinbarung. Den Umfang der Datenverarbeitung finden Sie in den Vertragsunterlagen und Geschäftsbedingungen.

Für unser Internetbanking George analysieren wir die hinterlegten Daten und bereiten sie für eine bessere Darstellung technisch auf. Diese Aufbereitung beinhaltet neben persönlichen Informationen, Kontoständen, Buchungen und Umsatzdaten auch die Kategorisierung von Kontoumsätzen und die Indizierung dieser Daten für eine schnellere Suche in George. Davon sind auch Daten betroffen, die Sie selbst in das Internetbanking George geladen haben.

Verarbeitung aufgrund rechtlicher Verpflichtungen

Auch rechtliche Vorschriften erfordern, dass wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, z. B. Bankwesengesetz, EU-Kapitaladäquanz-Verordnung, Wertpapieraufsichtsgesetz, Finanzmarkt-Geldwäschegesetz und EU-Geldtransfer-Verordnung. Das betrifft:

- Risikomanagement, insbesondere Kreditrisiko und operationelles Risiko
- Beschwerdemanagement und Beschwerdebearbeitung, Analyse von Beschwerdefällen
- Monitoring von Insiderhandel, Interessenkonflikten und Marktmanipulation
- Identitätsfeststellung, Transaktionsüberwachung, Verdachtsmeldungen, Einhaltung von Sanktionsvorschriften
- Meldungen in das Kontoregister und Meldungen von Kapitalabflüssen
- Zahlungsdienstleistungen, z. B. zur Erkennung nicht autorisierter oder betrügerischer Zahlungsvorgänge
- Buchhaltung, Controlling und Erfüllung abgabenrechtlicher Vorschriften
- Aufzeichnen von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation bei Wertpapiergeschäften
- Auskünfte an Staatsanwaltschaft, Gerichte, Finanzstrafbehörden
- Offenlegung von Informationen über die Identität von Aktionär:innen

Verarbeitung aufgrund berechtigter Interessen

Ein berechtigtes Interesse zur Datenverarbeitung durch uns oder Dritte besteht in folgenden Fällen:

- Bewerbung neuer Produkte, Features und Dienstleistungen
- Um nicht-rechtsverbindliche, behördliche Empfehlungen zu befolgen
- Maßnahmen zum Schutz von Mitarbeiter:innen, Kund:innen sowie des Eigentums der Bank
- Ausüben oder Verteidigen von Rechten
- Datenaustausch für Bonitäts- und Ausfallsrisiken gegenüber Auskunfteien, z. B. Meldungen und Abfragen aus der Warnliste oder der Konsumentenkreditevidenz des Kreditschutzverband von 1870
- Betrugsprävention und -bekämpfung sowie Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, im Speziellen z. B.:
 - In der Verdachtsdatenbank (VDB) für Bank- und Finanzinstitute werden Verdachtsfälle von Betrug und Betrugsversuch nach §§ 146 ff StGB sowie ähnliche Straftaten erfasst und verarbeitet, die während der Geschäftsbeziehung oder bei ihrer Anbahnung festgestellt werden. Geführt wird diese Datenbank von der CRIF GmbH als Auftragsverarbeiter. Wenn Bank- und Finanzinstitute diese Datenbanklösung nutzen, können sie auch Daten empfangen, mit denen sie zu Beginn einer Geschäftsbeziehung mit Kund:innen überprüfen können, ob in der Vergangenheit Betrugsversuche unternommen wurden.
 - Entwicklung von Datenmodellen zum Erkennen verdächtiger Verhaltensmuster
- Dokumentation vergangener Schadensfälle als Entscheidungshilfe über das Eingehen neuer oder erweiterter Kundenbeziehungen
- Steigerung der Datenqualität
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der Bank

- Aufzeichnungen von Telefongesprächen, z. B. bei Beschwerdefällen, für die Dokumentation rechtsgeschäftlich relevanter Erklärungen (z. B. Kartensperren) oder Schulungszwecke unserer Mitarbeiter:innen
- Videoüberwachungen, um unser Hausrecht durchzusetzen, zur Prävention von Angriffen, um bei Straftaten Beweise zu sammeln, zum Schutz von Kund:innen, Mitarbeiter:innen und Eigentum, zur Durchsetzung und Abwehr von Rechtsansprüchen oder zum Nachweis von Verfügungen und Einzahlungen, z. B. an Geldautomaten. Videoaufzeichnungen von derartigen Vorfällen können im Einzelfall nach sorgfältiger Prüfung auch für Sicherheitsschulungen unserer Mitarbeiter:innen eingesetzt werden.
- Maßnahmen zur Geschäfts-, Vertriebs- und Konzernsteuerung, wie z. B. Kundensegmentierung, Reorganisationen und damit einhergehende Kundenanalysen, Vermeiden von Werbung zu bereits genutzten Produkten. Dazu zählt auch die Entwicklung von Datenmodellen für solche Maßnahmen.
- Maßnahmen zum Prozess- und Qualitätsmanagement: Wir erheben anlassbezogenen Daten über unsere Prozesse und Services. Mit diesen Daten sichern wir die Qualität unserer Dienstleistungen, die Einhaltung unserer Service-Standards und die Effizienz unserer Prozesse.
- Laufende Berechnung Ihres Finanzierungspotenzials
- Auswahl zur Evaluierung der Zufriedenheit mit den angebotenen Serviceleistungen und Produkten
- Produktentwicklung, z. B. anhand von Datenmodellen
- Erstellen von synthetischen oder anonymisierten Daten zu Testzwecken (in eingeschränkten Fällen kann es auch erforderlich sein, Echtdateien zu Testzwecken heranzuziehen)
- Wenn Sie uns eine Datei mit einer elektronischen Signatur oder einem elektronischen Siegel übermitteln, werden wir dieses Dokument für die Signatur-/Siegelprüfung an einen Validierungsdienst (z. B. Signaturprüfdienst der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH) übermitteln.
- Wenn wir ein Dokument elektronisch signieren, das Ihre Daten enthält, werden wir das Dokument an einen Vertrauensdienste-Anbieter (z. B. A-Trust) übermitteln.
- Wir wollen unsere hohen Qualitätsstandards über alle Beratungen hinweg sicherstellen, um unserem Gründungsauftrag gerecht zu werden: „Finanzielle Gesundheit für alle“. Dafür haben wir einen Beratungsablauf festgelegt, der auf Daten basiert und die Finanzbedürfnisse der Kund:innen gesamtheitlich betrachtet.
- Für die professionellen Vorbereitung und Durchführung von Beratungen analysieren wir diese Daten:
 - Stammdaten, z. B. Name, Geburtsdatum, Adresse
 - Daten zu genutzten Produkten, TransaktionenDaraus leiten wir einen aktuellen Status der Finanzbedürfnisse ab: monatliche Finanzen (Haushaltsrechnung), Liquidität und Reserve, Vermögensaufbau, Vorsorge, Risiken absichern und finanzieren. Durch diese Datenanalyse können wir unsere Kund:innen noch treffsicherer in deren Interesse beraten. Damit wir Sie nachhaltig professionell beraten können, speichern wir die von Ihnen bereitgestellten Informationen. Spätestens nach 5 Jahren bzw. bei Auflösung der Geschäftsbeziehung werden die Angaben gelöscht.

Verarbeitung aufgrund Einwilligung

Gibt es weder einen Vertrag noch rechtliche Verpflichtungen oder ein berechtigtes Interesse, kann die Datenverarbeitung dennoch rechtmäßig sein: nämlich dann, wenn Sie uns Ihre Einwilligung dazu erteilt haben. Umfang und Inhalt dieser Datenverarbeitung ergibt sich immer aus der jeweiligen Einwilligung – etwa wenn Sie uns erlauben, im Rahmen der Identitätsfeststellung ein Foto von Ihnen zu machen. Sie können eine Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Wenn Sie eine Einwilligung widerrufen, bleiben aber die Verarbeitungen bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig. Das bedeutet also, ein Widerruf wirkt nicht für die Vergangenheit.

Verarbeitung für statistische Zwecke

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten auch für statistische Zwecke nach § 7 Datenschutzgesetz.

5. Werden auch Daten verarbeitet, die nicht bei mir erhoben werden?

Die meisten personenbezogenen Daten, die wir über Sie verarbeiten, haben Sie uns selbst bekannt gegeben. Es ist aber möglich, dass wir Ihre Daten auch aus anderen Quellen erheben:

Datenquelle	Kategorien der Daten	Zwecke und Rechtsgrundlagen
Öffentlich zugängliche amtliche Register, wie z. B. Firmenbuch, Grundbuch, Insolvenzdatei, Vereinsregister, Zentrales Melderegister, Gewerberegister.	<ul style="list-style-type: none"> – Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse – Persönliche Informationen wie Funktionen, Tätigkeiten – insbesondere Beruf, Organschaften, Beteiligungen, wirtschaftliche Tätigkeiten; Grundeigentum und damit verbundene Belastungen) – Risikodaten (Bonitätsdaten, insbesondere Insolvenzen, Konkurse). 	<p>(A) Sorgfaltspflicht bei bankgeschäftlichen und -betrieblichen Risiken (z. B. Kreditrisikomanagement), Bankwesengesetz und EU-Kapitaladäquanz-Verordnung</p> <p>(B) Sorgfaltspflichten gemäß Finanzmarkt-Geldwäschegesetz und Sanktionsvorschriften</p> <p>(C) Berechtigtes Interesse an der Betrugsprävention und -bekämpfung (sowie ähnlichen Straftaten), Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung</p> <p>(D) Berechtigtes Interesse an Verarbeitungen zur Steigerung der Datenqualität</p>
Schuldnerverzeichnisse und Warnlisten, wie z. B. Kreditschutzverband von 1870 (KSV 1870), CRIF GmbH, Factiva Limited/Dow Jones	<ul style="list-style-type: none"> – Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse – Risikodaten, insbesondere Bonität, offene Forderungen und Schulden, vertragswidriges Verhalten 	<p>Zusätzlich zu (A), (C) und (D):</p> <p>(E) Eigenes berechtigtes Interesse und berechtigtes Interesse anderer Banken und Finanzinstitute am Gläubigerschutz und der Risikominimierung</p>
Andere Institute aus dem Verbund von Erste Group, Erste Bank und Sparkassen	<ul style="list-style-type: none"> – Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse – Risikodaten, insbesondere Bonität, offene Forderungen und Schulden – Strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten sowie Daten zu Compliance & Recht, wie Daten über Geldwäscheverdachtsfälle 	<p>Zusätzlich zu (B) und (C)</p> <p>(F) Risikosteuerung und Konsolidierung im Kreditinstitute-Verbund nach dem Bankwesengesetz und der EU-Kapitaladäquanz-Verordnung</p> <p>(G) Marketingzwecke, sofern eingewilligt wurde</p>
Adressverlage und Direktmarketingunternehmen gemäß § 151 Gewerbeordnung	Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse und persönliche Informationen (Zugehörigkeit der Person zu einem Kunden- und Interessentendateisystem)	<p>Zusätzlich zu (D) und (G)</p> <p>(H) Vermeiden von Werbung zu bereits genutzten Produkten</p>
Unsere Kooperationspartner bei vermittelten Produkten (z. B. s Versicherung – WIENER STÄDTISCHE Versicherung AG Vienna Insurance Group; s Bausparkasse)	<ul style="list-style-type: none"> – Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse – Konto-/Produktdaten, Finanztransaktionen 	<p>Zusätzlich zu (G) und (H)</p> <p>(I) Vertragserfüllung; berechtigtes Interesse an Maßnahmen zur Geschäfts- und Vertriebssteuerung; Abrechnung etwaiger Provisionen</p>
Verdachtsdatenbank für Bank- und Finanzinstitute (CRIF GmbH)	<ul style="list-style-type: none"> – Personenstammdaten und Kontaktdaten, insbesondere Name, Geburtsdatum, Adresse – Daten über den strafrechtlich relevanten Verdachtsfall während der Geschäftsbeziehung oder bei ihrer Anbahnung (insbesondere Sachverhalt, Verdachtskategorie und Verdachtsart) 	<p>Zusätzlich zu (B) und (C)</p> <p>(J) Berechtigtes Interesse am Schutz vor einem möglichen Betrug/Betrugsversuch sowie ähnlichen Straftaten (§ 4 Absatz 3 DSGVO) bzw. einem Reputationsschaden.</p>

Für die soeben genannten Datenkategorien und Datenverarbeitungen gelten auch die übrigen Ausführungen dieses Informationsblattes, ausgenommen Punkt 4.

6. Bin ich verpflichtet, meine personenbezogenen Daten bereitzustellen? Was geschieht, wenn ich das nicht möchte?

Für unsere Geschäftsbeziehung sind wir auf viele Ihrer personenbezogenen Daten angewiesen, z.B. um Ihnen eine nachbestellte Debitkarte zuzusenden. Wenn wir Ihre Identität nicht prüfen können, verbietet uns das Gesetz die Geschäftsbeziehung. Kennen wir Ihre Bonität nicht, dürfen wir Ihnen keinen Kredit geben. Sie sehen: Dort, wo es aufgrund eines Vertrags oder einer rechtlichen Vorschrift erforderlich ist, müssen wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten. Möchten Sie dies nicht, kann es sein, dass wir bestimmte Dienstleistungen leider nicht erbringen dürfen. In allen anderen Fällen verarbeiten wir Ihre Daten nur mit Ihrer Einwilligung – und die ist selbstverständlich rein freiwillig. Sie sind nicht verpflichtet, in diesen Fällen Ihre Daten bereit zu stellen.

7. Gibt es eine Entscheidungsfindung, die auf automatisierter Verarbeitung beruht, inklusive Profiling?

Sofern bei einer spezifischen Verarbeitung eine automatisierte Entscheidungsfindung inklusive Profiling stattfindet, werden Sie dort vorab darüber informiert.

Bei der Kreditvergabe prüfen wir die Bonität mit dem sogenannten Kredit-Scoring. Dabei wird das Ausfallrisiko von Kredit-suchenden mithilfe statistischer Vergleichsgruppen bewertet.

Der errechnete Score-Wert ermöglicht eine Prognose, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein beantragter Kredit voraussichtlich zurückgezahlt wird. Zur Berechnung dieses Score-Wertes dienen folgende Daten:

- Ihre Stammdaten, z. B. Familienstand, Zahl der Kinder, Dauer der Beschäftigung, Arbeitgeber etc.
- Angaben zu den allgemeinen finanziellen Verhältnissen, z. B. Einkommen, Vermögen, monatliche Ausgaben, Verbindlichkeiten, Sicherheiten etc.
- Daten zum Zahlungsverhalten, z. B. Kreditrückzahlungen, Mahnungen, Daten von Kreditauskunfteien

Ist das Ausfallrisiko zu hoch, wird der Kreditantrag abgelehnt und es kann einen Eintrag in die KKE des KSV 1870 sowie einen internen Warnhinweis geben. Wurde ein Kreditantrag abgelehnt, ist dies in der KSV 1870 KKE für 6 Monate ersichtlich, gemäß Bescheid der Datenschutzbehörde.

8. An wen werden meine personenbezogenen Daten weitergegeben?

Ihre personenbezogenen Daten können weitergegeben werden an:

- Kreditinstitute, Stellen und Personen innerhalb des Verbundes von Sparkassen, Erste Bank und Erste Group, die diese Daten für vertragliche, gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Pflichten sowie für berechnete Interessen benötigen. Das gilt besonders für das Risikomanagement innerhalb der Erste Group sowie für das Management von Kreditrisiken, wenn Kreditinstitute innerhalb der Erste Group idente Kund:innen haben.
- Auskunftsteien, wie z. B. den Kreditschutzverband von 1870
- Öffentliche Stellen und Institutionen sowie Personen im hoheitlichen Auftrag, sofern wir rechtlich dazu verpflichtet sind oder um unsere berechtigten Interessen zu wahren, z. B. Europäische Bankenaufsichtsbehörde, Europäische Zentralbank, Finanzmarktaufsicht, Oesterreichische Nationalbank, Finanzbehörden etc.
- Von uns beauftragte Auftragsverarbeiter:innen und sonstige Dienstleister:innen (Verantwortliche), z. B. für IT, Backoffice, Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftstreuhand- und Inkassounternehmen, sofern diese die Daten für ihre Aufgabe benötigen
- Bank- und Jahresabschlussprüfer:innen, soweit dies für die Prüfungstätigkeit erforderlich ist
- Dritte, sofern es für die Vertragserfüllung oder rechtliche Vorschriften verpflichtend ist, z. B. die Empfänger:in einer Überweisung und deren Zahlungsdienstleister:in.
- Validierungsdienste wie z. B. die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, sofern dies erforderlich ist, um eine von Ihnen übermittelte elektronische Signatur oder ein elektronisches Siegel zu prüfen
- Vertrauensdiensteanbieter:innen, z. B. A-Trust, wenn wir ein Dokument elektronisch signieren, das Ihre Daten enthält.

Die Weitergabe an Dritte kann auch dann erfolgen, wenn und solange Sie in die Weitergabe eingewilligt haben.

Eine Liste mit einer Übersicht möglicher Empfänger:innen finden Sie auf der Seite Ihres Instituts unter:

<https://sparkasse.at/dsgvo>.

9. Werden meine personenbezogenen Daten in ein Drittland übermittelt?

Ihre personenbezogenen Daten können in den folgenden Fällen in ein Drittland übermittelt werden:

- Wenn dies erforderlich ist, um Rechtsansprüche geltend zu machen, auszuüben oder zu verteidigen bzw. auch wenn eine Rechtspflicht vorliegt, z. B. auf behördliche Aufforderung im Rahmen eines Rechtshilfeabkommens.
- Sofern es für Ihren Vertrag oder für vorvertragliche Maßnahmen erforderlich ist, z. B. wenn eine Überweisung in ein Drittland vorgenommen wird.
- Unsere Auftrags- und Sub-Auftragsverarbeiter:innen können in Drittländern ansässig sein. Sofern die Übermittlung nicht auf Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission erfolgt, übermitteln wir die Daten auf Basis geeigneter oder angemessener Garantien. Auf Anfrage stellen wir Ihnen diese gern zur Verfügung.
- In anderen Fällen, in denen an ein Drittland übermittelt wird, werden Sie gesondert informiert.

Eine Liste mit einer Übersicht möglicher Drittland-Empfänger:innen finden Sie auf der Seite Ihres Instituts unter:

<https://sparkasse.at/dsgvo>.

10. Wie lange werden meine personenbezogenen Daten aufbewahrt?

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange aufbewahrt, wie es für den jeweiligen Zweck erforderlich ist: Das kann etwa die Dauer der Kundenbeziehung, ein anhängiges Gerichtsverfahren oder der Bestand einer Forderung sein oder wenn es ein Gesetz vorschreibt. Die Aufbewahrung kann auch erforderlich sein, wenn Sie nicht mehr unsere Kund:in sind.

Die für ein Kreditinstitut wesentlichen gesetzlichen Bestimmungen sind z. B.:

- Unternehmensgesetzbuch § 212 (7 Jahre)
- Bundesabgabenordnung § 132 (7 Jahre oder für die Dauer eines Abgabenverfahrens);
- Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 § 33 (5 oder 7 Jahre auf Anordnung der Finanzmarktaufsicht).
- Finanzmarkt-Geldwäschegesetz § 21 (10 Jahre ab Ende der Geschäftsbeziehung).

Eine Übersicht über weitere in Österreich geltende gesetzliche Aufbewahrungspflichten finden Sie z. B. hier:

<https://www.wko.at/service/wirtschaftsrecht-gewerberecht/eu-dsgvo-speicher-und-aufbewahrungsfristen.html>¹

In folgenden Fällen hat die Bank ein berechtigtes Interesse, Ihre personenbezogenen Daten aufzubewahren:

- Finanzierungsanträge können jedenfalls bis zu 18 Monate nach Erstellung aufbewahrt werden. Dies dient unserem berechtigten Interesse, den Kundenkontakt zu dokumentieren und den Antrag rasch weiterbearbeiten zu können, wenn Sie wieder zu uns kommen.
- Wenn Sie den George Store nutzen und den Kauf nicht abschließen, werden Ihre personenbezogenen Daten 60 Tage lang gespeichert. In dieser Zeit können Sie den Wiederherstellungs-Link verwenden und den Kauf abschließen.
- Wenn Sie den George Store nutzen, werden Metadaten (z. B. Logdaten, technische Protokolldaten, Datum und Zeitstempel) im Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Kauf 60 Tage lang aufbewahrt. Das machen wir, um potenzielle betriebliche Probleme zu erkennen, die sich aus dem Ablauf des Kaufs ergeben. Außerdem nutzen wir diese Daten, um mögliche Rechtsansprüche abzuwehren und um Wartungsarbeiten durchzuführen.
- SWIFT-Nachrichten werden zur Betrugsprävention und -bekämpfung sowie zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung 30 Jahre lang aufbewahrt.
- Daten über verkaufte Forderungen werden 30 Jahre ab Verkauf aufbewahrt. Dies dient dem berechtigten Interesse der Bank, mögliche Einwendungen aus dem Forderungsverkauf abzuwenden.
- Ihre personenbezogenen Daten können auch zur Dokumentation vergangener Schadensfälle aufbewahrt werden, als Entscheidungshilfe über das Eingehen neuer oder erweiterter Kundenbeziehungen. Konkret:
 - 7 Jahre bei einem Schadensfall, wenn
 - die Schadenshöhe zum Fallabschluss maximal 20.000 Euro betragen hat oder
 - sonst aufgrund besonderer Umstände kein Interesse an einer Geschäftsbeziehung besteht
 - 12 Jahre bei einem Schadensfall, wenn
 - die Schadenshöhe zum Fallabschluss mehr als 20.000 Euro betragen hat oder
 - während unserer aufrechten Geschäftsbeziehung über Ihr Vermögen die Insolvenz eröffnet wurde.
 - 30 Jahre in besonders schwerwiegenden Ausnahmefällen nach eingehender Prüfung im Einzelfall.

Die Aufbewahrungsdauer beginnt, wenn der Schadensfall abgeschlossen wurde, das heißt sobald keine Schuld oder Forderung mehr besteht oder ein Insolvenzverfahren beendet oder aufgehoben wurde. Darüber hinaus müssen Daten über vergangene Schadensfälle zu regulatorischen Zwecken aufbewahrt werden, z. B. werden die Daten auch für unser Modell zur Berechnung von Ausfällen herangezogen. Auf diese Daten hat jedoch nur ein beschränkter Personenkreis Zugriff. Für Kundenbetreuer:innen sind sie nicht mehr ersichtlich. Die Daten haben auch keine Auswirkungen auf eine bestehende oder zukünftige Geschäftsbeziehung.

¹ Trotz sorgfältiger Prüfung kann keine Haftung für externe Inhalte übernommen werden.

11. Welche Rechte habe ich?

Die DSGVO gewährt Ihnen einige Rechte zu Ihren personenbezogenen Daten. Sie haben das Recht auf: Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch und auf Entscheidungen, die nicht ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhen – einschließlich Profiling. Ausführliche Informationen und wichtige Hinweise zum Recht auf Datenübertragbarkeit finden Sie auf der Seite Ihres Instituts unter: <https://sparkasse.at/dsgvo>.

Egal, welches Recht Sie geltend machen möchten, bitte übermitteln Sie Ihren Antrag (mit dem Hinweis über ihr kontoführendes Institut) auf eine der fünf Arten an uns:

- Per s Kontakt-Nachricht in George
Hier geht es am schnellsten! Wenn Sie zwischen Themen auswählen können, klicken Sie auf „Datenschutz Grundverordnung / DSGVO“. Sonst schreiben Sie einfach „Datenschutz“ in den Betreff Ihrer Nachricht.
- Über unser [Webformular](#) zur Einmeldung von Betroffenenrechten auf der Webseite unter „Datenschutz/Sicherheit“ - „Wie und wo kann ich meine Rechte geltend machen?“
- Per E-Mail, idealerweise mit qualifizierter elektronischer Signatur, an DSGVO-Support@erstegroup.com
- Per Brief, bitte eigenhändig unterschrieben und mit Ausweiskopie an
Erste Group Bank AG
0196 1905/AT Data Privacy Security Management
Am Belvedere 1
1100 Wien
- Persönlich in einer Filiale der Bank

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir in Zweifelsfällen weitere Angaben zu Ihrer Identität verlangen. Dies dient auch Ihrem Schutz, um nur Berechtigten den Zugriff zu Ihren Daten zu geben. Wenn Sie keine rechtzeitige Antwort auf einen Antrag erhalten oder der Ansicht sind, dass wir Ihrem Antrag nicht gesetzmäßig nachgekommen sind, oder Sie sich in Ihrem Recht auf Datenschutz verletzt sehen, können Sie auch Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einlegen:

Österreichische Datenschutzbehörde

Barichgasse 40-42, 1030 Wien

<https://www.dsb.gv.at>

Stand: Juni 2024

Impressum: Medieninhaberin, Herstellerin, Herausgeberin und Redaktion: Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
Postanschrift: Am Belvedere 1, 1100 Vienna